

# E+Z

ENTWICKLUNG UND  
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND  
COOPERATION

D+C

Internationale  
Zeitschrift

ISSN  
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2022 09

## ÖKONOMIE

Der Krieg in der Ukraine wirkt sich auf Brotpreise in Libyen aus

## LANDWIRTSCHAFT

Wie sich die globale Ernährungssicherheit verbessern lässt

## KULTUR-SPEZIAL

E+Z-Autorinnen empfehlen Bücher und einen Dokumentarfilm



# Leben mit Behinderungen

## Editorial

- 3 **SABINE BALK**  
Die Inklusion von Menschen mit Behinderung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

## Magazin

- 4 **RUKAMANEE MAHARJAN**  
Nach dem schweren Erdbeben in Nepal 2015 war der Wiederaufbau nur teilweise erfolgreich
- 6 **INTERVIEW MIT HILDEGARD LINGNAU**  
Weshalb kleinbäuerliche Betriebe aus dem globalen Süden an Innovationen im Agrarbereich teilhaben müssen
- 8 **PAMELA CRUZ / IMPRESSUM**  
Heutzutage: Mexikos Gewässer haben Reinigung nötig

## Kultur-Spezial

- 10 **DAGMAR WOLF**  
Der britische Ökonom Tim Jackson denkt in seinem Buch „Wie wollen wir leben?“ über Wohlstand nach
- 12 **ALMUTH DEGENER**  
Ein dystopischer Roman von Rahman Abbas thematisiert die Identitätspolitik in Indien
- 13 **MAREN VAN TREEL**  
Autorin Sharon Dodua Otoo verknüpft in ihrem Debütroman Schicksale von Frauen in unterschiedlichen Epochen
- 15 **JANE ESCHER**  
Der animierte Dokumentarfilm „Flee“ erzählt die Geschichte eines aus Afghanistan geflüchteten Mannes

## Debatte

- 16 **MOUTAZ ALI**  
Wie sich der Krieg in der Ukraine auf Preise in Libyen auswirkt
- 17 **HANS DEMBOWSKI**  
Russlands Angriff auf die Ukraine ist nicht mit Interventionen des Westens in Afghanistan und Mali vergleichbar
- 18 **ALPHONCE SHIUNDU**  
Nach Wahlen in Kenia ist das Ergebnis einmal mehr umstritten

## Schwerpunkt: Leben mit Behinderungen

- 20 **SAMIR ABI**  
Die Regierung in Togo macht Fortschritte bei der Inklusion
- 21 **KARIM OKANLA**  
Ein katholischer Priester setzt sich in Benin für Menschen mit Sehbehinderungen ein
- 24 **RAINER BROCKHAUS**  
Projekte in Entwicklungszusammenarbeit und Nothilfe haben Defizite bei der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen
- 26 **INTERVIEW MIT VILMA DUQUE**  
Bewältigung von Traumata in Guatemala
- 29 **IKA NINGTYAS**  
In Indonesien sind wichtige Infos oft nur schwer zugänglich
- 30 **SHARLIN AKTHER**  
Bangladesch braucht eine behindertengerechte Infrastruktur
- 31 **INTERVIEW MIT FRIEDHELM JULIUS BEUCHER**  
„Behindertensport ist unverzichtbar“

### SCHWERPUNKT

## Leben mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen erfahren weiterhin Benachteiligung und Diskriminierung. Vollerorts ist ihnen der Zugang zu Gesundheitsleistungen und Bildung erschwert. In der Konsequenz tun sie sich auch auf dem Arbeitsmarkt schwer. Dabei haben sie ein verbrieftes Recht auf Teilhabe, garantiert durch die UN-Behindertenrechtskonvention. Höchste Zeit, dass sich Gesellschaften weltweit stärker für Inklusion engagieren und behindertenfreundliche Infrastruktur bereitstellen.

**Titelseite:** Eine Frau mit Behinderung in Togo, die Teil einer Mikrofinanzgenossenschaft ist, zeigt ihr Sparsbuch.  
**Foto:** picture-alliance/Photononstop/Godong





 Unser Schwerpunkt zum Thema **Leben mit Behinderungen** beginnt auf Seite 19. Er hat Bezug zum dritten UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): „Gesundheit und Wohlergehen“ und ist auch wichtig für weitere SDGs.

Menschen mit Behinderungen weltweit. Typischerweise ist das Steueraufkommen in diesen Ländern besonders knapp, so dass staatliche Leistungen ebenfalls recht mager ausfallen. Deshalb muss sich auch die Entwicklungspolitik dem Thema stellen. Die Belange von Menschen mit Behinderung sollten in allen Maßnahmen von vornherein und explizit berücksichtigt werden. Staatliche und nichtstaatliche Organisationen wie die GIZ oder CBM haben sich dies zum Ziel gesetzt.

Inklusion ist vor allem auch eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit. Pflegearbeit leisten weltweit vor allem Frauen. Mütter, Schwestern und Töchter, die Angehörige mit Behinderungen versorgen müssen, haben selbst weniger Erwerbs- und Teilhabechancen – sie werden also ihrerseits marginalisiert.

Die SDG-Agenda stimmt. Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft müssen ihrer Verantwortung gerecht werden. Niemand darf zurück gelassen werden, auch Menschen mit Behinderung nicht. Ihre Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – weltweit.



**SABINE BALK**  
ist Redakteurin von **E+Z**  
Entwicklung und Zusammenarbeit / **D+C Development and Cooperation**.

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

Die Psychologin Vilma Duque hat sich auf die Arbeit mit Menschen spezialisiert, die durch Kriege traumatisiert sind. Sie arbeitet in Guatemala und anderen Ländern Lateinamerikas. In unserem Interview ab Seite 26 spricht sie darüber, inwiefern Erfahrungen mit Gewalt einzelne Menschen beeinflussen können – und auch eine ganze



Gesellschaft. Sie betont darin, dass ein angemessener Umgang mit Konflikten unabdingbar sei, um Veränderungsprozesse zu ermöglichen.

► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema erscheinen auch auf unserer Website [www.dandc.eu](http://www.dandc.eu).

# Menschen mit Behinderungen nicht zurücklassen

Erklärtes Ziel der UN-Agenda 2030 ist: niemanden zurücklassen. Vor allem die ärmsten und am stärksten benachteiligten Menschen sollen also bei der Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) berücksichtigt werden. Dazu zählen Menschen mit Behinderungen. Tatsächlich leben 80 Prozent von ihnen in Armut.

Deshalb erwähnen SDG-Unterziele ausdrücklich Menschen mit Behinderungen. Genannt wird ihr besonderer Bedarf zum Beispiel bei SDG 4 (Bildung), SDG 8 (Beschäftigung), SDG 10 (Verringerung von Ungleichheit) und SDG 11 (öffentliche Infrastruktur). Das ergibt auch Sinn, denn Studien bestätigen, dass Menschen mit Behinderung mehrfach benachteiligt sind: Oft sind sie sozial ausgegrenzt und werden von Bildungs- und Gesundheitswesen vernachlässigt. Selbst am Zugang zu sanitären Einrichtungen oder öffentlichen Gebäuden hapert es.

Sie sind auf besonders gute Infrastruktur angewiesen – and nicht nur in Ländern mit niedrigen Einkommen bestehen erhebliche Mängel. Auch in Ländern mit hohem Einkommen wie Deutschland gibt es viele Defizite. Zahlreiche Schulen oder Ämter haben weder behindertengerechte

Toiletten noch Markierungen für Sehbehinderte oder Rampen für Menschen, die einen Rollstuhl brauchen. Obendrein fehlt es am nötigen Fachpersonal. Dies ist für ein reiches Land wie Deutschland ein echtes Armutszeugnis.

Wo Infrastruktur schon im Alltag versagt, drohen in Notlagen Desaster. Wenn Extremwetter Katastrophen auslösen, sind Menschen mit Behinderung besonders gefährdet. Weder Warn- noch Rettungssysteme sind auf sie eingestellt. Eigentlich müsste alles besser sein. Denn Deutschland und rund 180 weitere Staaten haben sich zur Gleichstellung, Teilnahme und Chancengleichheit von Menschen mit Behinderung verpflichtet, indem sie die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert haben.

Das war nicht nur ein Gebot der Menschenwürde. Es gibt auch handfeste wirtschaftliche Gründe, Menschen mit Behinderungen nicht zu vernachlässigen. Fallen sie als Arbeitskräfte aus, belastet das die gesamte Volkswirtschaft. Dem Staat entgehen Einkommensteuern und er muss eventuell für den Lebensunterhalt der Betroffenen aufkommen.

In Entwicklungsländern ist die Lage besonders hart. Dort leben laut einer GIZ-Schätzung 80 Prozent der 1,2 Milliarden

KATASTROPHENHILFE UND RESTAURIERUNG

# Wiederaufbau nur zum Teil erfolgreich

**Naturkatastrophen vertiefen oft bestehende soziale Gräben, so auch das Erdbeben in Nepal vor sieben Jahren. Es zeigt, wie wichtig es ist, arme und marginalisierte Menschen in Risikogebieten widerstandsfähiger zu machen.**

Von Rukamane Maharjan

Am 25. April 2015 erschütterte ein schweres Erdbeben der Stärke 7,6 Nepal. Das Epizentrum lag in Barpak im historischen Bezirk Gorkha, etwa 76 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Kathmandu. Von der Katastrophe waren 37 von 77 Bezirken betroffen. Vierzehn schwer beschädigte Bezirke wurden als „krisengeschädigt“ eingestuft. Das heißt, sie hatten Vorrang bei Hilfs- und Rettungsmaßnahmen.

Laut einem Regierungsbericht war etwa ein Drittel der nepalesischen Bevölkerung von dem Erdbeben betroffen. Den meisten war nicht klar, dass es noch monatelang Nachbeben geben könnte. Als tatsächlich hunderte Nachbeben eintraten – darunter auch ein schweres –, traf sie das unvorbereitet.

Etwa 9000 Menschen kamen durch das Erdbeben ums Leben, Zehntausende wurden verletzt. Häuser, Kulturdenkmäler und Schulen wurden ebenso zerstört wie Gesundheitszentren, Wanderwege sowie Wasserversorgungssysteme und -kraftwerke. Krankenhäuser waren voll mit Toten und Verletzten, die staatliche Notfallversorgung war überfordert. Nepal ist ein armes Land, das immer noch die Folgen des jahrzehntelangen Bürgerkriegs spürt. Die öffentliche Hand verfügt nur begrenzt über Mittel.

So waren Überlebende in den Katastrophengebieten 2015 viel zu lange auf sich allein gestellt. Sie suchten verzweifelt nach Angehörigen, die unter den Trümmern verschüttet waren. Viele bekamen bis heute keine Hilfe, um Ängste und Traumata zu bewältigen. In den Dörfern – und selbst in den Städten – gibt es kaum Zugang zu psy-



Überlebende im zerstörten Barpak, 2015.

chologischer Unterstützung. Die psychische Gesundheit zahlloser Menschen hat daher langfristig gelitten.

Und doch hatte Nepal in gewisser Weise Glück. Das Erdbeben ereignete sich an einem Samstag. Unter der Woche wäre die Zahl der Todesopfer sicherlich viel höher gewesen. Nach offiziellen Angaben wurden mehr als 7000 Schulen schwer beschädigt. An einem Wochentag wären sie voll mit Schülern gewesen.

Außerdem ereignete sich die Katastrophe tagsüber. Mehr als 800000 Häuser wurden zerstört, aber viele Menschen waren im Freien. Nachts wären viele zu Hause im Bett gewesen – und damit noch gefährdeter. Nicht jedes Gebäude stürzte allerdings direkt ein. Auch im Nachgang kam es noch zu größeren Schäden.

Eine Lehre aus der Katastrophe ist, dass die Gebäude in Nepal erdbebensicher gebaut werden müssen. Dafür wurden entsprechende Gesetze verabschiedet. Die neuen Vorschriften sind sinnvoll, können

aber – wie so oft in den am wenigsten entwickelten Ländern – nicht strikt durchgesetzt werden. Zudem werden sie vor allem durch informelle wirtschaftliche Aktivitäten umgangen.

## DIE NACHWIRKUNGEN

Mehr als 100000 Menschen waren nach der Katastrophe gezwungen, in Notunterkünften zu leben. Berichten zufolge waren Frauen und Kinder einem hohen Risiko von Menschenhandel und Missbrauch ausgesetzt. Dieses Problem besteht seit langem, und ihre Notlage machte Familien besonders angreifbar, was Kriminelle rücksichtslos ausnutzten. Wo Familien ihre Existenzgrundlage verloren, nahmen außerdem Kinderehen und Kinderarbeit zu. Unterm Strich nahmen viele Menschen langfristig Schaden, insbesondere Frauen und Mädchen.

Kurz nach dem Beben gelang es der Regierung nicht gut, verschiedene humanitäre Organisationen aus dem In- und Ausland zu koordinieren. Neben privaten und öffentlichen Einrichtungen aus Nepal waren auch UN-Organisationen und internationale zivilgesellschaftliche Organisationen beteiligt. Dennoch mussten viele Gemeinden lange auf Hilfe warten. Einige Verletzte starben, weil ihnen nicht rechtzeitig geholfen wurde, oder sie trugen schwerere Behinderungen davon, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Besonders schlimm war die Lage dort, wo das Erdbeben die Zugangsstraßen zerstört hatte. Um indigene Gemeinschaften in den Bergen zu erreichen, brauchte es Hubschrauber, doch die waren Mangelware. Das betraf vor allem den abgelegenen gebirgigen Norden Nepals.

Schnell mehrten sich Berichte über Diskriminierung. Die nepalesische Gesellschaft ist tief gespalten, sodass einige Teile der Bevölkerung gegenüber anderen bevorzugt wurden. Das Dalit Civil Society Massive Earthquake Victim Support and Coordination Committee sprach von „vorsätzlicher Fahrlässigkeit“ und „Vorurteilen“.

Vielen Menschen fehlten die nötigen Dokumente, um Unterstützung zu erhalten. Oft verlangten Behörden etwa Staatsbürgerschaftsausweise oder andere Dokumente, etwa Grundbesitzurkunden. Manche hatten diese Papiere durch das Erdbeben verloren, andere hatten sie nie erhalten. So verschärf-

te die Naturkatastrophe bereits bestehende Ausgrenzung und vertiefte die soziale Kluft. Tatsächlich schneiden gleichberechtigtere Gesellschaften bei Katastrophenhilfe und Wiederaufbau tendenziell besser ab, weshalb es Ungleichheiten abzubauen gilt.

Am 25. Dezember 2015 richtete die Regierung eine Behörde zum Wiederaufbau ein. Dennoch ging es in den folgenden zwei Jahren nur langsam voran, wie die Asia Foundation in einem 2019 veröffentlichten Monitoring-Bericht feststellte. Viele Menschen mussten in Notunterkünften oder beschädigten Häusern bleiben. Es herrschte keine Klarheit über staatliche Unterstützung und finanzielle Hilfen.

Familien, deren Häuser zerstört wurden, erhielten von der Regierung Wiederaufbauhilfen in Höhe von 300 000 nepalesischen Rupien (etwa 3000 US-Dollar) in drei Raten. Das war hilfreich. Weitere Pläne der Regierung, über das Bankensystem zinsgünstige Kredite anzubieten, scheiterten jedoch weitgehend, unter anderem weil:

- die eigenen Anforderungen der Banken nicht zum staatlichen System passten und
- viele Betroffene überhaupt keinen Zugang zum Finanzmarkt hatten.

Viele Familien konnten nicht auf Regierungsgelder warten. Sie begannen mit dem informellen Wiederaufbau ihrer Häuser, ohne sich an Bauvorschriften für Erdbbensicherheit zu halten. Die Maßnahmen der Regierung haben zwar geholfen, aber es wäre mehr erreicht worden, wenn sie nicht so spät gekommen wären.

## SPÄTE, ABER SICHTBARE FORTSCHRITTE

Nach Angaben der Asia Foundation wurden jedoch bis Ende 2019 erhebliche Verbesserungen beim Wiederaufbau erzielt, und die meisten Menschen zogen in neue oder reparierte Häuser. In einem Bericht der nationalen Wiederaufbaubehörde vom Dezember 2020 wurden entscheidende Fortschritte beim Wiederaufbau von Privathäusern festgestellt. Etwa 90 Prozent der Privathäuser wurden demnach restauriert. Allerdings ist eine ganze Reihe von denkmalgeschützten Gebäuden darin nicht enthalten.

Medienberichten zufolge bestehen zwar immer noch Lücken, aber es gibt durchaus Beispiele für Projekte, die gut gelaufen sind. Siedlungen mit Wohnungen und Infrastruktur wurden fertiggestellt und

an vom Erdbeben betroffene Familien übergeben.

Im Dezember 2021 veröffentlichte die Weltbank eine Bewertung des Wiederaufbaus in Nepal. Sie hob fünf Ansätze als besonders positiv hervor:

- den Einsatz von Technologien, um die Bedürfnisse des Wiederaufbaus schnell zu erkennen,
- einen eigentümergesteuerten Ansatz für den Wiederaufbau,
- gezielte sozio-technische Hilfe für vulnerable Gruppen,
- Investitionen in die Analyse der Stabilität von Schulgebäuden und
- Wissensaustausch auf lokaler und globaler Ebene.

Sieben Jahre später sprechen die Menschen kaum noch über die Katastrophe. Ihre Prioritäten haben sich verschoben, nicht zuletzt, weil die Corona-Pandemie Nepal schwer getroffen hat. Doch das Trauma wirkt nach, und die Ungleichheit ist nach wie vor groß.

Die Regierung hatte nach dem Erdbeben ihre Vision von einem besseren Wiederaufbau verkündet: Die Resilienz sollte gestärkt, Landlosigkeit verringert und Landrechte der Frauen anerkannt werden. Für viele Benachteiligte hat sich dies nicht bewahrheitet. Wären Maßnahmen schneller angelaufen, hätte mehr erreicht werden können.

Aufgrund seiner geografischen Lage wird Nepal immer durch Erdbeben gefährdet sein. Das erste aufgezeichnete Beben

ereignete sich im Jahr 1255. Berichten zufolge kam dabei etwa ein Drittel der Bevölkerung des Kathmandutals ums Leben. In den vergangenen 100 Jahren trafen schwere Erdbeben das Land in den Jahren 1934, 1980, 1988 und 2011. Auch wetterbedingte Katastrophen sind keine Seltenheit. Überschwemmungen und Erdrutsche ereignen sich jedes Jahr während der Monsunzeit, aufgrund starker Regenfälle. Nepal muss daher unbedingt seine Katastrophenvorsorge verbessern, insbesondere, indem es die Widerstandsfähigkeit der armen Bevölkerung stärkt.

## QUELLEN

Asia Foundation, 2019: Aid and recovery in post-earthquake Nepal.

[https://asiafoundation.org/wp-content/uploads/2021/03/IRM-Nepal\\_Aid-and-Recovery-in-Post-Earthquake-Nepal-Qualitative-Field-MonitoringNovember-2019\\_EN.pdf](https://asiafoundation.org/wp-content/uploads/2021/03/IRM-Nepal_Aid-and-Recovery-in-Post-Earthquake-Nepal-Qualitative-Field-MonitoringNovember-2019_EN.pdf)

World Bank, 2019: Lessons in earthquake reconstruction: five proven approaches from Nepal.

<https://www.worldbank.org/en/news/feature/2021/12/01/lessons-in-earthquake-reconstruction-five-proven-approaches-from-nepal>



**RUKAMANEE MAHARJAN** ist Assistenzprofessorin für Recht an der Tribhuvan-Universität in Kathmandu. [rukumaharjan@gmail.com](mailto:rukumaharjan@gmail.com)



Beispiele für neu gebaute integrierte Siedlungen.



Kleinbauer in Simbabwe.

ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

## „Kleinbäuerliche Betriebe müssen an Innovationen teilhaben“

Das Global Forum on Agricultural Research and Innovation (GFAR) bringt Hunderte von Akteuren des Agrarsektors weltweit zusammen. Exekutivsekretärin Hildegard Lingnau erklärt, wie sie kleinbäuerliche Betriebe aus dem globalen Süden stärker in die Agrarforschung einbinden möchte – und weshalb echte Innovation mehr ist als nur technischer Fortschritt.

Hildegard Lingnau im Interview mit Hans Dembowski und Jörg Döbereiner

Hunger und Unterernährung bis zum Jahr 2030 zu beenden, so lautet das zweite UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (SDG2 – Sustainable Development Goal). Derzeit leidet allerdings einer von zehn Menschen weltweit Hunger. Lebensmittel gibt es genug, sie sind aber ungleich verteilt. Lässt sich SDG2 überhaupt noch erreichen?

Dieses Entwicklungsziel wird wohl leider nicht erreicht werden, das stellt zumindest ein Bericht des UN-Generalsekretärs zum Fortschritt bei den SDGs fest. Voraussichtlich wird sich die Situation zunächst sogar verschlimmern: Im Jahr 2020 hungerten schätzungsweise 161 Millionen Menschen mehr als 2019. Insgesamt waren 2,4 Milliarden Menschen von Ernährungsunsicherheit betroffen. Die UN schließt daraus, dass es wahrscheinlich zu einer globalen Ernährungskrise kommen wird. Wir müssen erheblich mehr tun als bisher, um SDG2 noch zu retten oder um überhaupt Fortschritte bis 2030 zu erzielen.

### Was muss geschehen?

Einfache Lösungen gibt es nicht. Aber klar ist, dass wir kleinbäuerliche Familienbetriebe stärker in den Mittelpunkt rücken müssen. Sie machen 84 Prozent aller Agrarbetriebe aus und produzieren etwa 35 Pro-

zent der Nahrung weltweit. Wir müssen uns auch anders ernähren, beispielsweise den Fleischkonsum reduzieren.

**Sie arbeiten für das GFAR daran, die Welt besser mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Wo liegen Ihre Schwerpunkte?**

Das GFAR ist ein Netzwerk von Netzwerken. Wir arbeiten mit Hunderten von Akteuren zusammen, die das Agrar- und Ernährungssystem verändern möchten, darunter Zusammenschlüsse bäuerlicher Betriebe, Forschungseinrichtungen und zivilgesellschaftliche Organisationen. Wir helfen ihnen dabei, sich zu vernetzen, ihren Stimmen mehr Gewicht zu verleihen und sie besser in die globale Agrarforschung einzubinden. Das GFAR lebt von den Initiativen seiner Mitglieder, von den Themen, die sie für wichtig erachten. Zu diesen organisieren wir gemeinsame Projekte, sogenannte „Collective Actions“.

**Könnten Sie dafür bitte konkrete Beispiele geben?**

Ein Beispiel ist die Collective Action on Forgotten Foods. Es geht um „vergessene“ Kulturpflanzen, in die nicht investiert wird. Tausende von ihnen wurden traditionell angebaut, denn sie haben bestimmte Vorteile, etwa hohe Nährstoffgehalte oder eine exzellente Anpassung an lokale Ökosysteme. Un-

sere Mitglieder haben ein globales Manifest verfasst, das fordert, den nachhaltigen Anbau dieser Pflanzen durch kleinbäuerliche Betriebe zu intensivieren – entgegen den Interessen der Agrarindustrie, die auf einige wenige Pflanzen wie Mais, Weizen und Reis setzt.

Ein weiteres Beispiel betrifft die Digitalisierung. Sie bietet für die Landwirtschaft enormes Potenzial, etwa im Zahlungsverkehr, in der Vermarktung oder bei Wetterdiensten. Wir haben in einer Umfrage herausgefunden, dass sie vor allem Großbetrieben zugutekommt. Deshalb haben wir eine Collective Action initiiert, damit kleinbäuerliche Betriebe mehr als bisher von der Digitalisierung profitieren. Sie sollten etwa besseren Zugang zu regionalen Märkten und Wertschöpfungsketten erhalten. Wenn es uns gelingt, sie zu stärken, reduziert das hoffentlich auch den Beitrag der Landwirtschaft zum Klimawandel. Er liegt momentan bei mindestens 31 Prozent und nimmt weiter zu.

**Das liegt auch an der ungesunden und unökologischen Ernährungsweise insbesondere in westlichen Industrieländern, geprägt von viel Fleisch, Zucker und stark verarbeiteten Lebensmitteln. Inwiefern breitet sie sich weiter aus?**

Im globalen Norden scheint ein gewisser Wandel im Konsumverhalten stattzufinden, jedenfalls nimmt dort diese Art der Ernährung derzeit nicht mehr zu. Aber in aufstrebenden Volkswirtschaften wie China oder Indien, wo ein großer Teil der Weltbevölkerung lebt, wird der Fleischsektor in den kommenden Jahren wohl weiter wachsen – und damit auch die Nachfrage nach Futtermitteln. Entsprechend wird der Anteil der Landwirtschaft an den globalen Treibhausgasemissionen steigen, voraussichtlich um sechs Prozent im kommenden Jahrzehnt. Auch hier verschlechtert sich die Situation also, anstatt sich zu verbessern.

**Wie können wir umsteuern?**

Indem wir weniger Fleisch konsumieren. Würden sich alle Menschen gesund ernähren, mit mehr Obst und Gemüse, könnte dies die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 weltweit um 29 Prozent reduzieren.

**Muss es aufstrebenden Entwicklungs- und Schwellenländern nicht zynisch vorkommen, wenn gerade westliche Industrieländer ihnen dazu raten, weniger Fleisch zu konsumieren?**

Der globale Norden kann der Welt nicht vorschreiben, wie sie konsumieren soll. Er kann aber versuchen, nicht Teil des Problems zu sein, sondern Teil der Lösung. Ohnehin geht es nicht darum, etwas zu verbieten, sondern um gesunde Ernährung. Die gesünderen und nachhaltigeren Lösungen sind ja glücklicherweise genau jene, die auch Armut und Hunger reduzieren. In sie müssen wir investieren, für sie müssen wir werben. Vor allem gilt es, kleinbäuerliche Betriebe dabei zu unterstützen, gesunde Produkte mit hohem Nährwert regional zu produzieren. Dafür müssen sie an Innovation teilhaben.

**Eine Quelle der Innovation ist die Agrarforschung. Bekommen wissenschaftliche Institute aus dem globalen Süden die Aufmerksamkeit, die sie verdienen?**

Laut unseren Mitgliedern nicht. Es gibt derzeit ein großes, weltweites Konsortium zur Agrarforschung, die Consultative Group on International Agricultural Research (CGIAR). Das ist ein Verbund von 15 multilateralen Institutionen, der hervorragende Arbeit leistet – aber, wie wir finden, oft nicht mit den Akteuren des globalen Südens und auch nicht immer in deren Interesse. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass unsere Mitglieder stärker beteiligt werden. Beispielsweise sollten Partnerschaftsprinzipien als globaler Standard eingeführt werden. Das heißt: Es sollte keine Forschung über kleinbäuerliche Betriebe aus dem globalen Süden stattfinden, ohne sie aktiv daran zu beteiligen.

**Wie kann diese Einbindung funktionieren?**

An unseren Collective Actions sind immer kleinbäuerliche Betriebe beteiligt. Im Rahmen der bereits erwähnten Collective Action on Forgotten Foods haben wir einen globalen Standard entwickelt, wie die „vergessenen“ Pflanzen besser genutzt werden können. Nun werden wir diesen Standard umsetzen, etwa in Asien, gemeinsam mit einem regionalen Agrarverband, der Asian Farmers Association (AFA). Bäuerliche Familienbetriebe übernehmen eine Führungsrolle. Wir sorgen dafür, dass die anderen Akteure – wie Forschungsorganisationen, der Privatsektor oder zivilgesellschaftliche Organisationen – dies akzeptieren. Das ist für uns ein absolutes Muss, und das sähen wir auch gerne im Big Business der Agrarforschung. Nur so können wir die Probleme der kleinbäuerlichen Betriebe wirklich se-

hen und verstehen. Lösungen ergeben sich zumeist aus dem Austausch verschiedener Akteure.

**Und Sie helfen bei der Verbreitung guter Ideen?**

Wenn wir feststellen, dass bestimmte Lösungsansätze auch für andere Länder oder in anderen Zusammenhängen interessant sind, dann können wir diese im Rahmen unserer Collective Actions skalieren. Uns ist wichtig, dass etwas nicht nur neu ist, sondern unseren Mitgliedern und der Erreichung der SDGs dient. Innovationen in diesem Sinne sind nicht Technologien, die in einem Forschungslabor entwickelt werden, sondern soziale Konzepte oder Prozesse. Der deutsche Soziologe Harald Welzer schreibt: „Die wesentlichen Fortschritte im Zivilisationsprozess basierten auf der Verbesserung der Verhältnisse zwischen den Menschen, und die Technik kam dabei nur dann zur Hilfe, wenn man wusste, wie man sie zu dieser Verbesserung einsetzen konnte.“ Das trifft sehr gut die Arbeit von GFAR: Uns geht es nicht um Innovation als Selbstzweck, sondern um Fortschritt in diesem Sinne. Deshalb planen wir, uns bald in GFAIR umzubenennen – um zum Ausdruck zu bringen, dass Neuerungen fair sein müssen.

**Welchen Werten fühlen Sie sich verpflichtet?**

Den SDGs, neben dem anfangs erwähnten SDG2 insbesondere auch SDG17, also der Zusammenarbeit beim Erreichen der Ziele. Wie wichtig eine solche Kooperation ist, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Gegenwärtig sehen wir ja im Norden des Schwarzen Meeres, wie destruktiv ein engstirniger Nationalismus sein kann, erst recht, wenn er in Krieg mündet. Alle, die sich dafür interessieren, mit Akteuren des globalen Südens zusammenzuarbeiten – egal wo auf der Welt –, können sich direkt an uns wenden. Wir sind ein offenes Forum, eine E-Mail genügt.



**HILDEGARD LINGNAU**  
ist Exekutivsekretärin des  
Global Forum on Agricultural  
Research and Innovation  
(GFAR), das bei der FAO

(Food and Agriculture Organization of the UN – Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN) in Rom angesiedelt ist. Es wird von der EU finanziert.

[hildegard.lingnau@fao.org](mailto:hildegard.lingnau@fao.org)

# Mexikos Gewässer reinigen

Der Golf von Mexiko und andere Wasser-ökosysteme spielen eine wichtige Rolle für die Lebensgrundlage vieler Mexikaner. Menschliche Aktivitäten beschleunigen den Klimawandel und gefährden so zunehmend auch die maritimen Ökosysteme.

In einem Land mit über 128 Millionen Menschen ist der Druck auf die Umwelt enorm. Es werden immer mehr Kunststoffe im Wasser entsorgt, und Abwässer versickern ungereinigt. In der Nähe von Naturschutzgebieten und Reservaten werden große Infrastrukturprojekte gebaut. Und schon jetzt beeinflusst der Klimawandel die Ernährungssicherheit und gefährdet das maritime Leben.

Umweltschützer regen Gemeinden und andere Akteure in Mexiko an, etwas gegen die zunehmende Umweltverschmutzung zu tun. „MY World Mexico“ ist eine Initiative, die soziale Mobilisierung und Lobbyarbeit miteinander verbindet. Sie hat die Kampagne „Revitalize Oceans“ ins Leben gerufen.

Die Kampagne startete am Welttag der Ozeane 2022, am 8. Juni. Freiwillige

reinigten im ganzen Land Küstengebiete, Flussufer und andere Gewässer von Plastikmüll und anderen Abfällen. „Strandsäuberungen sind ein nützliches Instrument. Sie können Bewusstsein schaffen und die Verwendung von Einwegplastik reduzieren. Aber das ist nur die Spitze des Eisbergs“, sagt Melania Lopez. Aus Sicht der Meeresbiologin und Umweltaktivistin müssen vor allem die produzierenden und Abfallunternehmen etwas verändern.

Erika Montes de Oca, Umweltberaterin von Mexiko-Stadt, organisiert die Säuberungskaktionen in den Naturservaten Nordmexikos. Sie erklärt: „Die Standorte für die Entsorgung von Abfällen entsprechen nicht den staatlichen Umweltstandards und können nicht als Mülldeponien gelten. Wie sollen Bürger und Unternehmen dann ihre Abfälle angemessen entsorgen?“

An der Reinigung in San José del Cabo haben 105 Freiwillige teilgenommen. Darunter waren Gewerkschaftsmitglieder, Gemeindeverwaltungen, lokale zivilgesellschaftliche Organisationen, Hotels und eine weiterführende Schule. Montes de Oca betont aber, dass auf allen Ebenen mehr Initiativen und Maßnahmen dringend erforderlich sind, um das Problem anzugehen.

Gema Yuridia, eine Geologin und Ingenieurin, leitet die Sanierung des Moctezuma-Flusses. Der Fluss wird durch Abwässer aus Mexiko-Stadt, dem Bundesstaat Mexiko und Hidalgo verschmutzt. Eine Unterbrechung des Flusslaufs führt zu Überschwemmungen, vor allem in Zeiten starker Regenfälle. Die Gesundheit der Anwohner ist ebenso gefährdet wie ihr Zugang zur Grundversorgung.

Seit März hat MY World Mexico aus zehn Bundesstaaten Freiwillige rekrutiert und zwei Workshops für die Freiwilligen organisiert. Im Mittelpunkt stand das Thema Umweltverschmutzung und was Einzelne dagegen tun können.



**PAMELA CRUZ**  
ist Special Project  
Coordinator bei Comunalia,  
einem Netzwerk von  
Bürgerstiftungen in Mexiko,  
und strategische Beraterin bei MY World

Mexico.  
[pamela.cruz@gmail.com](mailto:pamela.cruz@gmail.com)

# IMPRESSUM

## E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

63. Jg. 2022

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation. Internet: [www.DandC.eu](http://www.DandC.eu) ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 29.08.2022 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren. Wer beitragen will, ist dazu herzlich eingeladen.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH  
Service für Entwicklungsinitiativen  
Friedrich-Ebert-Allee 40  
53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150  
[www.engagement-global.de](http://www.engagement-global.de)

### BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,  
Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

### VERLAG:

Fazit Communication GmbH  
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

### ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81  
D-60327 Frankfurt am Main  
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

### REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, Vi.S.d.P.),  
Sabine Balk (SB), Jörg Döbereiner (JD), Dagmar Wolf (DW; Assistenz),  
Maren van Treel (MVT; Social Media)  
Freiberufliche Mitarbeit: Ronald Ssegujja Ssekandi (Kolumne Heutzutage), Aviva Freudmann, Jan Walter Hofmann (Layout),  
Eleonore von Bothmer (Übersetzung)  
Tel. (0 69) 75 91-31 10  
[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)  
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

### ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363  
D-82034 Deisenhofen  
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32  
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32  
[fazit-com@cover-services.de](mailto:fazit-com@cover-services.de)

### DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH  
Kurfürstenstraße 4–6  
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

### BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).





[www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation](http://www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation)



**D+C Development and Cooperation**

Sustainable development requires global awareness and local action.  
Media Production · Frankfurt am Main · 377 followers

See all 6 employees on LinkedIn

+ Follow

Visit website

More

Home About Posts Jobs People

Page posts

**D+C** D+C Development and Cooperation  
377 followers  
4mo · Edited ·

Ten years after #Tunisia's first free #elections, it increasingly looks as though its young #d...see more



EU must not simply watch Tunisia's democracy die  
Development and Cooperation on LinkedIn · 377 followers  
by Hans Dembowski On 25 July, Tunisia's president Kais Saie...



Like



Comment



Share



Send

**Folgen Sie  
uns auf  
LinkedIn!**

**Liebe Leserinnen und Leser,**

wir sind neuerdings auch auf LinkedIn vertreten, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Wir laden Sie herzlich ein, uns dort zu folgen. Sie finden uns unter

**[www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation](http://www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation)**

Wir werden auf LinkedIn kurze Kommentare veröffentlichen und Themen künftiger Ausgaben von E+Z/D+C diskutieren. Außerdem werden wir dort auf wichtige neue Inhalte unserer Website **[www.dandc.eu](http://www.dandc.eu)** hinweisen.

ENTWICKLUNG UND  
ZUSAMMENARBEIT | **E+Z**



Secondhand-Buchladen  
in Hanoi, Vietnam.

## Kultur-Spezial

Wie in jedem Sommer stellt die E+Z/D+C-Redaktion Bücher und Filme vor, die uns gut gefallen und die wir Ihnen, liebe Leserschaft, als Tipp empfehlen möchten. Die Werke haben einen entwicklungspolitischen Bezug, und wir würden uns freuen, wenn sie eine Anregung zum Lesen oder Anschauen geben. Dieses Jahr verteilen wir unser Kultur-Spezial auf zwei Digitale Monatsausgaben – im August und September.

POSTWACHSTUM

## „Ein gutes Leben muss nicht die Erde kosten“

„Wie wollen wir leben?“ ist die Frage, die den britischen Ökonom und Professor für nachhaltige Entwicklung an der University of Surrey umtreibt. In seinem gleichnamigen Buch fordert Tim Jackson uns zum Nachdenken über eine Welt auf, die von ständigem Wachstum besessen ist, in der die Klimakatastrophe längst zur Realität geworden ist und weitere Kippunkte im Erdsystem drohen.

Von Dagmar Wolf

Jackson lehnt Wachstum nicht grundsätzlich ab. Da, wo Mangel herrsche, sei Wachstum durchaus sinnvoll und notwendig, schreibt er. Anders sehe es in den sogenannten Wohlstandsgesellschaften aus, in denen bereits ein Übermaß herrscht. Da, wo es genug gibt, müsse permanent neuer, „künst-

licher Mangel“ geschaffen werden, um den Motor der Konsumgesellschaft am Laufen zu halten. Dadurch werde permanente Unzufriedenheit geschürt, ständig müsse das Alte zugunsten etwas Neuem ausgetauscht werden – zu Lasten von Ressourcen- und Energieverbrauch. Die zwanghafte Fixierung auf hohe Wachstumsraten und unser Konsumverhalten führe zu einer massiven Umweltzerstörung, zur Klimakrise und zum Verlust der biologischen Vielfalt, mit unvorhersehbaren Folgen.

Jackson beschäftigt sich mit der Frage, was Wohlstand ist. Seit den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts gilt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maß für die Größe der Wirtschaft eines Landes und als Äquivalent für gesellschaftlichen Fortschritt. Er bezweifelt, dass das BIP die richtigen Dinge misst, und



„The game changer“ ist ein Kunstwerk, mit dem sich der Streetart-Künstler Banksy während des Lockdowns beim Krankenhauspersonal bedankt: hier im Southampton General Hospital.

verweist auf ein Zitat des US-Politikers Robert F. Kennedy, Bruder des gleichnamigen US-Präsidenten, der bereits 1968 in seiner Wahlkampfreda sagte, dass das BIP „zu viel Schlechtes umfasst, das unsere Lebensqualität beeinträchtigt, und zu viel Gutes ausschließt, das für uns wichtig ist“.

Das BIP erfasse nicht die Zerstörung und den Verlust der Natur, aber auch nicht die Gesundheit der Kinder, die Qualität der Erziehung oder die Arbeit derer, die sich um Kinder oder Pflegebedürftige zu Hause kümmern. Das BIP messe alles, außer dem, was das Leben lebenswert mache, stellte Kennedy fest. Einfach die Geschäftigkeit der Wirtschaft zu messen und das dann Fortschritt zu nennen sei kein Weg zu dauerhaftem Wohlstand, so die Botschaft.

Die weltweite Corona-Pandemie führte uns die Fehler eines auf permanentes Wachstum ausgerichteten kapitalistischen Wirtschaftssystems vor Augen, schreibt Jackson. Das System fördere den kurzfristigen Profit für wenige statt eines langfristigen Wohlergehens der Gesellschaft. Wie wichtig aber Fürsorgearbeit und der Wert des Gesundheitswesens sind, hat die Pandemie deutlich gezeigt. Gerade Tätigkeiten wie die Pflege in Krankenhäusern oder Altenheimen wurden systematisch entwertet. Das führte dazu, dass unterbezahlte und dem Virus am meisten ausgesetzte Menschen am Rande der Erschöpfung ihren

unverzichtbaren Dienst an der Gesellschaft leisteten, andere ihre Arbeit ganz verloren, während wenige Reiche und Privilegierte weiterhin Profit machten.

Im weltweiten Lockdown machte die Fixierung auf Wachstum eine Pause, um das Leben der Menschen zu schützen. Länder, die der Gesundheit ihrer Bevölkerung Vorrang vor der Produktivität einräumten, hielten das Unglück auf niedrigem Niveau, so Jackson. Konsumgewohnheiten wurden zurückgesteckt, und wir wurden daran erinnert, worauf es im Leben am meisten ankommt.

Gerade die aus der Corona- und der Klimakrise gewonnenen Erkenntnisse, aber auch soziale Spannungen und die steigende soziale Ungleichheit sollten zu einem Umdenken führen. Es gehe darum, nachhaltige Prinzipien für ein gutes Leben zu entwickeln, also eine sozial-ökologische Transformation einzuleiten.

Green Deals und dem damit verbundenen Green Growth, dem sogenannten grünen Wachstum, steht Jackson eher skeptisch gegenüber. In einer endlichen Welt sei unendliches Wachstum schwer vorstellbar. Entscheidend sei es, nicht nur die Nutzung fossiler Rohstoffe zu beenden, sondern der begrenzten Tragfähigkeit aller Ökosysteme Rechnung zu tragen. Jackson fordert ein grundlegendes Umdenken im Umgang mit der Natur.

Ein Ende des Wachstums sei nicht das Ende gesellschaftlichen Fortschritts. „Ein gutes Leben muss nicht die Erde kosten“, lautet seine Hauptbotschaft. Dem Mythos Wachstum stellt er seine Vision einer Gesellschaft gegenüber, die uns ohne Wachstum reicher macht statt ärmer, in der Wohlstand mehr ist als materieller Überfluss und in der Gleichgewicht wichtiger ist als Wachstum. „Wie wollen wir leben?“ ist eine Weiterführung seines vorherigen Buches „Wohlstand ohne Wachstum“. Es ist ein Manifest für ein anderes Wirtschaftssystem. Das Buch bietet keine vorgefertigten Lösungen. Vielmehr lädt es anhand wissenschaftlicher, politischer, geschichtlicher und philosophischer Erkenntnisse und Anekdoten zum Nachdenken darüber ein, was das Leben lebenswert macht.

**BUCH**

Jackson, T., 2021: *Wie wollen wir leben? Wege aus dem Wachstumswahn*. München, oekom Verlag.



**DAGMAR WOLF** ist Redaktionsassistentin bei E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Coopera-

tion.

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

IDENTITÄTSPOLITIK

# Südasiatische Dystopie

**Der neue Roman des auf Urdu schreibenden Schriftstellers Rahman Abbas spielt gegen Ende des 21. Jahrhunderts. Die Idee zu dem Buch entsprang der tiefen Sorge des indischen Schriftstellers, die jüngste Entwicklungen in seinem Heimatland weckten und wachhalten.**

Von Almuth Degener

Zur Identitätspolitik der hinduchauvinistischen BJP, der Partei von Premierminister Narendra Modi, gehört die kontinuierliche Agitation gegen die muslimische Minderheit. Staatliche Stellen dulden – oder unterstützen sogar – wiederkehrende pogromartige Gewalt, die als „Religionskonflikte“ verharmlost wird. Abbas sieht Parallelen zur brutalen Identitätspolitik der deutschen Nazis in 1930er-Jahren.

Die in Indien seit Jahrzehnten beobachtbare Tendenz, nicht nur Muslime, sondern auch andere Minderheiten als Randgruppen zu brandmarken, die der als hinduistisch definierten Nation schaden wollen, hat stark zugenommen. Die BJP und verbündete Organisationen schüren diese Stimmung. Aus Abbas' Sicht droht eine Katastrophe, die dem Holocaust der Nazi-diktatur ähneln würde. Das sehen internationale Experten wie Gregory Stanton von

der internationalen zivilgesellschaftlichen Organisation Genocide Watch ähnlich.

Der neue Roman heißt „Zindeeq“, was „Ketzler“ bedeutet. Der Protagonist stammt aus einem gebildeten und liberalen muslimischen Elternhaus. Auf schulische Erfolge folgt eine steile Karriere in der Armee. Aber dann rücken andere Eindrücke in den Vordergrund. Das Leben des jungen Mannes wird geprägt von Unruhen in Kaschmir, nationalistisch-rassistischen Attitüden und wachsenden Spannungen mit Pakistan. Zunehmende Gewaltbereitschaft und immer unverhohlene Ausgrenzung von Minderheiten prägen beide Länder, aber der Protagonist hält auch Abstand zu islamistischem Extremismus.

2019 bereiste Rahman Abbas mit einem Stipendium des Grenzgänger-Programms der Robert-Bosch-Stiftung und des Literarischen Colloquiums Berlin (LCB) einen Monat lang Deutschland. Er besuchte ehemalige Konzentrationslager und Dokumentationszentren, sprach aber auch mit Zeitzeugen und deren Nachkommen. Streckenweise bezieht sich der Roman unmittelbar auf diese Reise.

Ob sich der furchtbare Verdacht des Autors während seiner Recherchen bestätigt oder zerstreut hat? Nur so viel: Zindeeq ist ein dystopischer Roman, dessen Ausgang

schon am Anfang des Buches vorweggenommen wird: „Ließ man von dem dunklen Himmel über der Garnison, in der er zuletzt stationiert gewesen war, den Blick über die trostlose Landschaft schweifen, war auf der einen Seite das traurige Meer, dessen Rauschen wie Weinen klang und die melancholische Stimmung noch vertiefte, auf der anderen Seite lag etwa 600 Kilometer weiter die bedeutende Stadt, die jetzt zum größten Teil aus Ruinen bestand. Im Norden und Süden waren zahlreiche Städte dem Erdboden gleichgemacht worden. Im Westen waren in der Küstenregion und in den dichten Wäldern einige Dörfer verschont geblieben, aber die Menschen litten unter bitterer Armut, Verzweiflung und dem Gefühl der Unsicherheit.“

Zindeeq ist ein packender Roman – und eine Warnung an die Gesellschaft, nicht zuzulassen, dass bornierte Identitätspolitik eine freiheitliche und pluralistische Grundordnung erdrückt. Der Roman enthält derweil auch allerlei nicht unmittelbar – aber im Zusammenhang eben doch – Politisches: Sex, Philosophie, Drogen, einen Schuss Sufismus und nicht zuletzt Poesie. Alle, die Abbas' preisgekröntes Werk Rohzin – der deutsche Titel ist „Die Stadt, die Liebe, das Meer“ – kennen, werden davon nicht überrascht sein.

In der Originalsprache Urdu ist seit seinem Erscheinen 2021 bereits die dritte Auflage von Zindeeq erschienen. Urdu ist mit Hindi eng verwandt, wird aber mit einem anderen Alphabet geschrieben, das aus der arabischen Schrift abgeleitet wurde. Urdu ist sowohl in Teilen von Indien als auch Pakistan Amtssprache.

## BÜCHER VON RAHMAN ABBAS

Zindeeq – Delhi, Arshia, 2021 (Urdu) und – Lahore, Aks Publications, 2022 (Urdu)  
Rohzin – Heidelberg, Draupadi, 2018 (Deutsche Übersetzung mit dem Titel „Die Stadt, das Meer, die Liebe“)  
– Delhi, Vintage Books, 2022 (Englische Übersetzung)



**ALMUTH DEGENER**  
ist außerordentliche  
Professorin für Indologie an  
der Johannes Gutenberg-  
Universität Mainz. Sie arbeitet

derzeit an der deutschen Übersetzung von „Zindeeq“ und war auch für die deutsche Fassung von „Rohzin“ verantwortlich.  
[degener@uni-mainz.de](mailto:degener@uni-mainz.de)



Aufmarsch von Hindu-Chauvinisten in Assam Anfang 2022.



Anti-Rassismus-Demo in Düsseldorf

PERSÖNLICHKEIT

## Auf dem Weg zu sich selbst

In ihrem Debütroman „Adas Raum“ erzählt Sharon Dodua Otoo vom Leben ihrer Protagonistin Ada, die in unterschiedlichen Epochen wiedergeboren wird und verschiedene Rollen einnimmt. Adas vier Leben werden nicht separat und chronologisch erzählt, sondern sind miteinander verwoben. Sie spiegeln die Schicksale der Frauen in den unterschiedlichen Zeiten wider.

Von Maren van Treel

Die Geschichte von Adas Reise durch die Jahrhunderte beginnt im Jahre 1459 im westafrikanischen Totope, dem heutigen Ghana. Ada verliert zu diesem Zeitpunkt zum zweiten Mal ein Baby. Im Laufe der Jahrhunderte wird sie noch viele weitere traumatische Ereignisse durchleben müssen, aber auch geliebt und unterstützt werden und – vielleicht am wichtigsten – zu sich selbst finden. Dabei ist ihr Schicksal stark von den historischen und gesellschaftlichen Umständen geprägt.

### STEINIGER WEG

Im Jahr 1848 ist Ada Computer-Pionierin in Stratford-le-Bow (England), 1945 Prostituierte im Konzentrationslager im nationalsozialistischen Deutschland und 2019 schließlich eine junge werdende Mutter, die in Berlin eine Wohnung sucht. Sie möchte dort Informatik studieren. Auf ihrer Reise durch die Jahrhunderte begleiten sie Menschen, die sie kennenlernt, verliert und wiedertrifft, eine Freundin oder (Halb-)Schwester an ihrer Seite und ein Mann, der in jedem ihrer Leben eine Rolle spielt. Er begegnet ihr als portugiesischer Kaufmann Guilherme Fernandes Zarco; als ihr Ehemann Lord William King; als SS-Obersturmbannführer Helmut Wilhelm und zuletzt als Herr Wilhelm. Eine wichtige Rolle zwischen den beiden spielt ein Perlenarmband.

Alle Handlungsfäden laufen im Jahr 2019 zusammen: Bei der gemeinsamen Wohnungsbesichtigung erhascht Herr Wil-

helm ein Bild des Armbands in einem Ausstellungskatalog, den Ada bei sich hat. In einem Flashback kommen die Erinnerungen der vergangenen Jahrhunderte zurück. Er gesteht Ada, was er in der Vergangenheit gemacht und ihr angetan hat. Er versucht, sich zu rechtfertigen. Erkennt sie ihn wieder? Vergibt sie ihm? Bricht er nach all den Jahrhunderten endlich mit seiner Habgier, seiner kolonialen Denkweise, seinem Rassismus?

Jedenfalls setzt Ada ihm (und anderen Menschen) 2019 zum ersten Mal wirkungsvoll etwas entgegen. Zwar hat sie in den Leben zuvor auch das ihr Mögliche versucht, aber oft waren ihr die Hände gebunden. In Berlin 2019 ist die Welt für Ada natürlich eine andere als beispielsweise in England 1848; die gesellschaftlichen Umstände haben sich in mancher Hinsicht zu ihren Gunsten entwickelt. Dennoch ist Adas Verhalten nicht nur den Umständen geschuldet. Es zeigt auch, dass sie nun weiß, wer sie ist, ihre Grenzen kennt und setzt. Ein Stück gefestigte Identität.

In „Adas Raum“ scheint alles miteinander verknüpft zu sein. Das spiegelt sich auch auf sprachlicher Ebene und in der komplexen Struktur des Romans wider. Als Leserin kann man manches Mal die Orientierung verlieren. Zwei Kapitel der Ge-

schichte werden in der Ich-Perspektive von Ada erzählt. Ansonsten fungiert ein Wesen als Erzähler, das in Adas Leben auch eine Rolle spielt, immer wieder verschiedene Gestalten annimmt und mit Gott kommuniziert.

Trotz Adas beschwerlichem Lebensweg liegen in der originellen Erzählperspektive und überhaupt im Ton, den Otoo der Geschichte gegeben hat, ein gewisser Trost und eine unerwartete Leichtigkeit, die auch durch die Sichtweisen des erzählenden Wesens auf die Welt und die Lebenden und seine Dialoge mit Gott entstehen.

**KRITISCHER BLICK**

Die Autorin thematisiert in ihrem gesellschaftskritischen Roman Kolonialismus und Nationalsozialismus, blickt aber ebenso kritisch auf die Gegenwart in Deutschland. Das Perlenarmband findet sich 2019 in einem Museum wieder, Ada entdeckt es in einem Ausstellungskatalog – ein Verweis

auf Raubkunst, die noch immer in den Museen ehemaliger Kolonialmächte ausgestellt und nicht zurückgegeben wird. Ada widerfährt Rassismus von Menschen, die von sich selbst wohl behaupten würden, nicht rassistisch zu denken oder zu handeln.

Natürlich geht es in dem Roman auch ums Frausein in den verschiedenen Jahrhunderten und Umständen. Mutter sein, werden wollen, werden sollen, nicht werden wollen; Besitztum sein; bescheiden sein; Opfer sein; Objekt sein; mutig sein – das sind nur einige der Facetten.

Dabei werden Frauen nicht zu Heiligen erhoben, aber es wird deutlich aufgezeigt, wo gesellschaftliche Umstände sie in Ketten gelegt haben. Von den männlichen Charakteren erfährt man deutlich weniger Nuanciertes und Tiefgründiges, sie bekommen weniger Raum. Wenig verwunderlich, denn es ist Adas Raum.

Sharon Dodua Otoo gelingt eine komplexe, starke Geschichte mit vielen Bedeutungsschichten und Perspektiven, die

sicherlich auch beim zweiten und dritten Lesen noch neue Erkenntnisse bringt. Wie jede gute Geschichte transportiert sie eine Botschaft vor allem durch Handlung und Charaktere, der ein oder anderen interpretierenden Stelle hätte es nicht bedurft. Viele der Ideen, Sätze und Charaktere werden in Erinnerung bleiben.

Sharon Dodua Otoo, Jahrgang 1972, ist in London geboren und aufgewachsen. Ihre Eltern kommen aus Ghana. Seit 2006 lebt Otoo in Berlin. 2016 gewann sie mit ihrem Text „Herr Gröttrup setzt sich hin“ den renommierten Ingeborg-Bachmann-Preis.

**BUCH**

**Sharon Dodua Otoo, 2021: Adas Raum, S. Fischer Verlag Frankfurt.**



**MAREN VAN TREEL**  
ist Social-Media-Redakteurin bei E+Z/D+C.

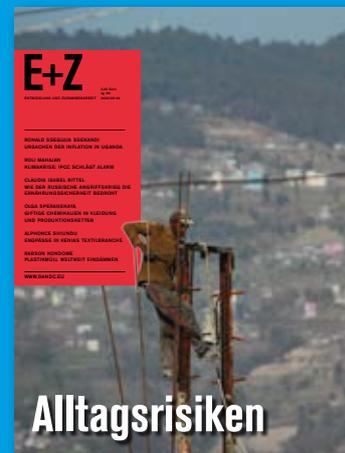
[euw.editor@dandc.eu](mailto:euw.editor@dandc.eu)

# GRATIS-Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

[www.dandc.eu/de/ez-abonnement](http://www.dandc.eu/de/ez-abonnement)

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website ([www.dandc.eu](http://www.dandc.eu)) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.



## LEBENSGESCHICHTE

# Ein Mann flieht

**Der animierte Dokumentarfilm „Flee“ widmet sich dem Leben eines aus Afghanistan geflohenen Mannes. Es ist eine wahre Geschichte. Im Mittelpunkt steht die Frage: Wann endet Flucht?**

Von Jane Escher

Flucht endet nicht mit der Ankunft in einem anderen Land. Diese Antwort gibt „Flee“ schon mit seinem Titel. Denn das Verb steht im Präsens, nicht im Präteritum. Amin Nawabis (Name geändert) Lebensgeschichte zeigt, wie eine Flucht im Kindesalter einen Erwachsenen weiter begleitet. Den Rahmen des überwiegend animierten Films bilden Gespräche zwischen Amin und dem Regisseur Jonas Poher Rasmussen. Stück für Stück berichtet der heute 36-jährige Interviewte von seiner Vergangenheit.

Es beginnt mit seiner Kindheit in Afghanistan. Geschätzt 35 Millionen Menschen leben in Afghanistan. Die Taliban haben am 15. August 2021 erneut die Macht übernommen und üben wieder ihre Schreckensherrschaft aus, die bereits in den 1990er-Jahren begann. Das Land ist isoliert. Die humanitäre Lage ist desaströs.

Amin ist bereits in den 1980er-Jahren mit Mutter und Geschwistern aus Afghanistan geflohen. Zu dieser Zeit erschütterten gewaltvolle Auseinandersetzungen zwischen der kommunistischen Regierung, deren sowjetischen Unterstützern und den von den USA unterstützten Mudschaheddin-Gruppen das Land. Amins Vater war damals schon verhaftet worden und vermutlich tot. Das Ziel der Familie war Schweden, wo der älteste Bruder seit längerem lebte. Sie konnten aber nur nach Moskau einreisen.

Die Mittel für die Reise von dort nach Schweden hatten sie nicht. Es folgte eine trostlose Wartezeit. Die Lebensbedingungen waren hart, Fluchtversuche scheiterten. Schließlich musste die Familie sich trennen. Schlepper brachten sie zu unterschied-

lichen Zeiten auf verschiedenen Wegen aus Moskau heraus.

So landete Amin als 16-Jähriger alleine in Dänemark. Um dort bleiben zu dürfen, musste er lügen. Er erzählte, dass seine Familie tot sei. Die Wahrheit erfuhr über Jahrzehnte niemand. Auch nicht der Freund, den er am ersten Schultag in Dänemark traf. Dieser Freund war Jonas Poher Rasmussen.

Die persönliche Beziehung zwischen Dokumentarfilmer und Protagonist verfälscht die Aufarbeitung nicht. Sie verstärkt die Aussage des Films. Erst nach vielen Jahrzehnten Freundschaft war es Amin möglich, sich zu öffnen. Er erzählt dem Freund, nicht dem Filmemacher, von der Flucht, den Ängsten, der Isolation und dem Leidensdruck. Sie sprechen auch über die Zeit in Dänemark: das Erwachsenwerden als Geflüchteter in einem fremden Land, die langersehnte Reise zu seiner Familie nach

Schweden und Amins Karriere als Wissenschaftler.

Besonders im Fokus ist auch die Beziehung zu Amins Partner. Seine Homosexualität wird im Film thematisiert, aber nicht dramatisiert. Vor allem sehen die Zuschauerinnen und Zuschauer, wie sich Amins Blick auf seine eigene Homosexualität ändert. Viel wichtiger für Amin und damit den Film sind die Herausforderungen, die sich aus seiner Vergangenheit für seine Partnerschaften ergeben. Welche das sind, entdecken die Freunde während des Gesprächs gemeinsam. Deutlich wird, wie sehr die Flucht und die Lüge den inzwischen 36-Jährigen noch immer beschäftigen.

Der Film ist kein politisches Statement zum Afghanistan-Krieg. Er berücksichtigt nicht die aktuellen Ereignisse. Kritisiert wird nur marginal. Die Botschaft von „Flee“ ist eine andere. Jonas Poher Rasmussen hat seinem Freund einen Raum geschaffen, in dem dieser das Vergangene aufarbeiten und vielleicht sogar mit seiner Flucht abschließen kann. Das Ergebnis ist ein Werk, das einen normalen Menschen im Windschatten eines Krieges zeigt. Und seine jahrelange Flucht vor der eigenen Vergangenheit.

Die Animationen ermöglichen, die ganze Geschichte zu visualisieren. Sie zeigen, was sonst verborgen geblieben wäre. Aufnahmen von den Regionen zur erzählten Zeit unterbrechen die Animationen gelegentlich. Sie vermitteln deutlich, dass trotz der ästhetisierten Bilder das Erzählte real ist.

Durch das Gespräch zwischen Amin und Jonas wissen die Zuschauerinnen und Zuschauer schon zu Beginn, dass es Amin gut gehen wird. Er ist in Sicherheit in Dänemark. Es ist seine emotionale Entwicklung, die den Spannungsbogen des Films ausmacht. Endet Amins Flucht vor der eignen Vergangenheit mit dem Film? Das ist die Antwort, die in „Flee“ zu suchen ist.

## FILM

Rasmussen, J. P., 2020: Flee. Dänemark/Frankreich.



**JANE ESCHER**  
ist Volontärin in der  
Öffentlichkeitsarbeit von  
Engagement Global.  
[jane.escher@](mailto:jane.escher@engagement-global.de)

[engagement-global.de](http://engagement-global.de)



„Flee“ ist ein animierter Dokumentarfilm.

GETREIDE- UND ÖLPREISE

# Was Russlands Krieg in der Ukraine für Libyen bedeutet

**Libyen gehört zu den Ländern, die die Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine zu spüren bekommen. Der Brotpreis ist gestiegen, aber von den höheren Energiepreisen profitiert die ölproduzierende, von Unruhen geplagte Wirtschaft nicht. Anführer bewaffneter Gruppen blockieren die Ölfelder, vermutlich im Interesse ihrer ausländischen – auch russischen – Geldgeber.**

Von Moutaz Ali

Die Ukraine war bisher einer der wichtigsten Getreidelieferanten Libyens, vielleicht sogar der wichtigste. Laut dem britischen Herausgeber der Online-Zeitung „Libya Herald“, Michel Cousins, schadet die Unterbrechung der Importe dem Land. Zugleich betont er, dass Libyen die nötigen Mittel habe, um mit höheren Preisen fertig zu werden – anders als andere nordafrikanische Länder ohne vergleichbare Rohstoffeinnahmen.

Jamal Alzaidy, Chefredakteur der staatlichen Zeitung Al-Sabah, sieht das auch so. Seiner Meinung nach ist es für Libyen von Vorteil, dass dort relativ wenige Menschen leben – 7 Millionen. Im benachbarten Ägypten sind es mehr als 100 Millionen, in Tunesien 12 Millionen. Beide Länder haben keine Einnahmen aus dem Ölexport. Das macht ihre Devisensituation schwieriger, sodass sie sich schlechter mit höheren Importkosten für dringend benötigtes Getreide arrangieren können. Aber auch die Libyer waren erobert über die gestiegenen Brotpreise.

Ende Juli wurde Getreide international jedoch etwa zum selben Preis gehandelt wie zu Beginn des Krieges. Die Preise waren zunächst hochgeschwungen und ab Juni langsam wieder gefallen. Das lag unter anderem an besseren Ernteprognosen in mehreren Weltregionen – und daran, dass Russland begann, gestohlenen ukrainischen Getreide zu verkaufen. Zudem ermöglichte es eine Ende Juli geschlossene Vereinbarung, die Getreidetransporte über das Schwarze Meer wieder aufzunehmen. Anfang August sah es

für Libyen nicht schlecht aus. Das kann sich aber schnell ändern.

Zu Kriegsbeginn stiegen auch die Ölpreise – sie liegen weiterhin um etwa 10 Prozent höher als zuvor. Doch davon hat Libyen nichts: Die Anführer verschiedener bewaffneter Gruppen blockieren die Ölfelder, die Produktion stockt. Die nationale Ölgesellschaft musste die Lieferungen aus Gründen, die sie nicht beeinflussen kann, aussetzen – und beruft sich dabei auf Klauseln der „höheren Gewalt“. Cousins zufolge „brach die libysche Produktion ein, sodass Libyen Exporte in Milliardenhöhe verlor – genau dann, als das Geld am dringendsten benötigt wurde“. Folglich erzielten andere erdölexportierende Länder höhere Gewinne, darunter Russland und die arabischen Golfstaaten.

Diverse Milizen kontrollieren verschiedene Landesteile. Der Frieden ist brüchig, es gibt nur eine Übergangsregierung. Die bewaffneten Gruppen sind oft auf ausländische Unterstützung angewiesen. Der Verdacht liegt nahe, dass das Sabotieren

der Ölförderung nicht nur dazu dient, die jeweiligen Kommandeure zu stärken – sondern auch im Interesse derer liegt, die hinter den Befehlshabern stehen. Die Verantwortlichen tragen das natürlich nicht in die Öffentlichkeit. Von Transparenz halten die bewaffneten Gruppen nicht viel, und abgesehen von ihrer Propaganda erklären sie sich nicht gegenüber der libyschen Bevölkerung.

Es ist bekannt, dass Russland, die Türkei und die arabischen Golfstaaten die Milizen beeinflussen. Aus diesen Ländern kommen die Waffen. Auch die Wagner-Gruppe ist in Libyen präsent – ein prominenter russischer Militärdienstleister, der bei Interventionen in Bürgerkriegen oft eine Rolle spielt. Berichten zufolge wurden einige ihrer Söldner in die Ukraine verlegt, als Russland dort seine Invasion startete.

Laut Michel Cousins halten sich weiterhin mehrere Hundert Wagner-Kämpfer in Libyen auf und kontrollieren Orte wie den Luftwaffenstützpunkt Jufra in der Sahara. Wie sein Kollege Jamal Alzaidy sagt, dient diese Präsenz Russlands strategischen Interessen. Immerhin wird Libyen im geopolitischen Jargon gern als „schwache Flanke Europas“ bezeichnet.



**MOUTAZ ALI**  
ist ein libyscher Journalist.

[ali.moutaz77@gmail.com](mailto:ali.moutaz77@gmail.com)



Verschiedene bewaffnete Gruppen in Libyen erhalten Rückhalt aus dem Ausland.



Irakischer Soldat ergibt sich 1991 in Kuwait.

KRIEGSFÜHRUNG

## Nicht vergleichbar

**Russlands Angriff auf die Ukraine hat weitreichende globale Folgen wie etwa hohe Lebensmittel- und Energiepreise. Dennoch scheuen sich viele Menschen in Afrika und Asien, ihn zu kritisieren. Sie sagen, auch der Westen habe militärisches Unheil angerichtet. Der Vergleich hält aber keiner kritischen Prüfung stand.**

Von Hans Dembowski

Richtig ist, dass Interventionen in Afghanistan, Libyen und Mali scheiterten und die im Irak von vornherein falsch war. Was Russland jetzt tut, ist aber etwas ganz anderes. Im Gegensatz zu dieser sogenannten „militärischen Sonderaktion“ hat keine an Interventionen beteiligte westliche Regierung das Existenzrecht eines souveränen Staates bestritten. Mit einer Ausnahme hatten sie auch alle ein Mandat des UN-Sicherheitsrats. Es gab viel inakzeptables ziviles Leid, aber keine Strategie der Bombardierung von Wohnhäusern, Schulen und Krankenhäusern. In keinem westlichen Land wurden wegen des Krieges Bürgerrechte eingeschränkt, aber in den besetzten Gebieten wurde die Menschenrechtssituation tendenziell besser.

US Präsident George Bush junior startete den Afghanistankrieg nach islamistischen Terrorangriffen auf New York und Washington. Den Tätern hatte das von den Taliban regierte Land als sicherer Hafen gedient. Die Hauptstadt Kabul fiel schnell. Nachträglich – aber bald – erteilte der Sicherheitsrat ein Mandat, und kein UN-Mitglied erhob ernsthaft Einspruch. Internationale Truppen sollten den demokratischen Wiederaufbau stützen, der wegen vieler Fehler jedoch scheiterte. Bezeichnenderweise erntete der Abzug der Alliierten 2021 mehr internationale Kritik als die Invasion 2001.

2003 begann Bush junior dann den Irakkrieg. Er hatte wieder kein UN-Mandat, bekam es auch nie. Er agierte aber nicht allein, sondern mit einer „Koalition der Willigen“, wobei deren Geschäftsgrundlage nicht stimmte. Die Massenvernichtungswaffen, die der Diktator Saddam Hussein laut Weißem Haus bauen ließ, wurden nie gefunden. Der Krieg hätte nie stattfinden dürfen, aber es ging nicht darum, die irakische Identität historisch irgendwie infrage zu stellen. Bush hoffte, eine neu etablierte Demokratie werde als regionales Leitbild dienen, woraus bekanntermaßen nichts wurde. Die Koalition der Willigen unterschätzte interne

Spannungen im Irak. Ihre Truppen zogen schließlich aus einem arg fragilen Staat ab. Deutschland und Frankreich lehnten diesen Krieg von Anfang an ab, und die NATO als Organisation war nicht beteiligt.

Anfang 2011 kündigte Libyens Diktator Muammar al-Gaddafi an, er werde in seinem Land den Aufstand des Arabischen Frühlings gnadenlos ausmerzen. London und Paris sorgten für ein Mandat des Sicherheitsrats, um ihn zu stoppen. Verschiedene Länder, allerdings nicht Deutschland, machten mit, wurden aber dem Versprechen der Schutzverantwortung nicht gerecht. Sie beschränkten sich auf Luftangriffe, die Rebellen halfen, den Despoten zu stürzen. Danach versank das Land trotzdem in Gewalt – mit schlimmen Folgen für einige westafrikanische Länder. Frankreich griff daraufhin in Mali ein, scheiterte dort indessen. In beiden Ländern ist die Lage heute vermutlich schlimmer als im Irak.

An all den hier genannten Interventionen gibt es berechtigte Kritik. Sie ähnelten dem aktuellen imperialistischen Gehabe Russlands in der Ukraine jedoch nicht. Allerdings gab es 1990/1991 ein vergleichbares Szenario.

Damals beschied Saddam Hussein, Kuwait sei eigentlich eine Provinz des Irak. Seine Truppen besetzten das Nachbarland. Daraufhin bildete US-Präsident George Bush senior eine multilaterale Allianz, die mit Sicherheitsratsmandat Anfang 1991 Kuwait befreite.

Heute bestreitet der russische Autokrat Wladimir Putin, sein Nachbarland Ukraine sei eine echte Nation. Der Waffengang widerspricht dem multilateralen System fundamental. Es soll nämlich, wie Indonesiens Außenministerin Retno Marsudi kürzlich ausführte, verhindern, dass starke Akteure sich unilateral nehmen, was sie wollen.

Es gibt viele Gründe, vom Westen enttäuscht zu sein. Sie rechtfertigen aber keinesfalls Putins Versuch, mit Waffengewalt im 21. Jahrhundert die Grenzen des Zarenreiches wiederherzustellen.



**HANS DEMBOWSKI**  
ist Chefredakteur von **E+Z**  
**Entwicklung und**  
**Zusammenarbeit / D+C**  
**Development and**

**Cooperation.**

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

DEMOKRATIE

# Wahlausgang erneut umstritten

**Die Präsidentschaftswahlen in Kenia im August verliefen so transparent wie nie zuvor. Doch nachdem William Ruto zum Sieger erklärt worden war, zweifelte sein Kontrahent Raila Odinga das knappe Ergebnis an. Nun muss einmal mehr der Oberste Gerichtshof entscheiden.**

Von Alphonse Shiundu

Die Wahl war ein Kopf-an-Kopf-Rennen: der amtierende Vizepräsident William Ruto von der Partei United Democratic Alliance gegen den langjährigen Oppositionsführer und Ex-Premierminister Raila Odinga, der für eine Koalition mehrerer Parteien antrat. Für den 77-jährigen Odinga war es bereits der fünfte Anlauf, Präsident zu werden.

Der amtierende Präsident, Uhuru Kenyatta, durfte nach zwei Amtszeiten nicht mehr antreten. Er hatte sich für Odinga als Nachfolger ausgesprochen. Seinen eigenen Vize Ruto hält er für ungeeignet und bezeichnete ihn sogar als „Dieb“. Auch zwei weitere Kandidaten traten an: der Rechtsanwalt George Wajackoyah, der sich für die Legalisierung von Marihuana einsetzt, und der Rechtsanwalt und christliche Prediger David Mwaure Waihiga.

Ruto fokussierte sich im Wahlkampf auf die angeschlagene Wirtschaft des Landes. Er versprach ein besseres Leben für Millionen armer Kenianer, die mit Arbeitslosigkeit sowie hohen Lebensmittel- und Kraftstoffpreisen zu kämpfen haben. Gleichzeitig warnte er davor, dass Odinga die ruinöse Wirtschaftspolitik Kenyattas weiterführen würde.

Rutos Wahlkampfteam stellte Odinga und Kenyatta zudem als Sprösslinge von „Dynastien“ dar, die an der Macht bleiben wollten, um weiterhin die öffentlichen Kassen für private Gewinne zu schröpfen. Die beiden sind die Söhne des ersten kenianischen Präsidenten Jomo Kenyatta und des ersten Vizepräsidenten Jaramogi Odinga Odinga.

Obgleich selbst amtierender Vizepräsident, positionierte sich Ruto geschickt als Außenseiter – ein Opfer der Dynastien und

der verschwörerischen politischen Elite. Er beanspruchte die meisten Errungenschaften der Regierung für sich, distanzierte sich aber von Misserfolgen.

Odinga betonte dagegen, dass er und seine Mitstreiterin Martha Karua bereits in der Vergangenheit auf Reformen gesetzt hätten. Er zählte auf die Unterstützung von Präsident Kenyatta und des Establishments.

Bei der Wahl am 9. August gaben von 22,1 Millionen Wahlberechtigten nur etwas mehr als 14 Millionen ihre Stimme ab. Nach der Auszählung erklärte die Wahlkommission Ruto zum Sieger, mit einer hauchdünnen Mehrheit von 50,5 Prozent, vor Odinga mit 48,8 Prozent. Offenbar wollte die Mehrheit der Wahlberechtigten der Misswirtschaft Kenyattas ein Ende setzen.

Während der Wahl veröffentlichte der Vorsitzende der Wahlkommission die Ergebnisse aller Wahllokale online zum Herunterladen und zur eigenen Auswertung – ein bis dato beispielloses Zeichen von Transparenz. Dennoch bezeichneten vier Mitglieder des Wahlausschusses den Auszählungsprozess als „undurchsichtig“ und erkannten das Ergebnis nicht an. Der Wahlausschuss besteht aus sechs Mitgliedern und dem Vorsitzenden.

Auch Odinga bestritt das Ergebnis und bezeichnete die Wahl als „Farce“. Er lobte die vier Kommissionsmitglieder für ihren Einspruch und beschuldigte den Vorsitzenden der Kommission, die Wahlen verpfuscht zu haben. Der Vorsitzende wiederum warf den vier Mitgliedern vor, sie drängten darauf, dass an den Zahlen herumgespielt würde.

Odingas Team ficht nun die Wahl vor dem Obersten Gerichtshof an und will dort Beweise für Wahlbetrug vorlegen. Es ist das dritte Mal, dass Odinga nach verlorenen Wahlen den Obersten Gerichtshof anruft. Im Jahr 2013 kam er damit nicht durch, allerdings gewann er 2017, als das Gericht die Wahl für ungültig erklärte.

Bereits die vergangenen drei Präsidentschaftswahlen in Kenia hatten jeweils langwierige Auseinandersetzungen zur Folge. Im Jahr 2007 starben mindestens 1100 Menschen, als die Gewalt eskalierte. Diesmal ging sowohl die Anhängerschaft von Ruto auf die Straße als auch die von Odinga – die einen feierten den Sieg, während die anderen gegen das Ergebnis demonstrierten. Die Proteste verliefen bislang weitgehend friedlich. Viele in Kenia hoffen, dass die Lage auch dann ruhig bleibt, wenn der Oberste Gerichtshof sein Urteil verkündet haben wird.



**ALPHONSE SHIUNDU**  
ist ein kenianischer Journalist  
und Faktenchecker in Nairobi.  
[shiunduonline@gmail.com](mailto:shiunduonline@gmail.com)



Demonstration für Raila Odinga in Nairobi nach den Präsidentschaftswahlen im August 2022.



SCHWERPUNKT

## Leben mit Behinderungen

„Oftmals gehen Kinder mit Behinderungen nicht in die Schule.“  
**SAMIR ABI, S. 20**

„Eine Sehbehinderung in Benin bedeutet Hilflosigkeit.“  
**KARIM OKANLA, S. 21**

„Für mehr Inklusion gibt es viele gute Gründe.“  
**RAINER BROCKHAUS, S. 24**

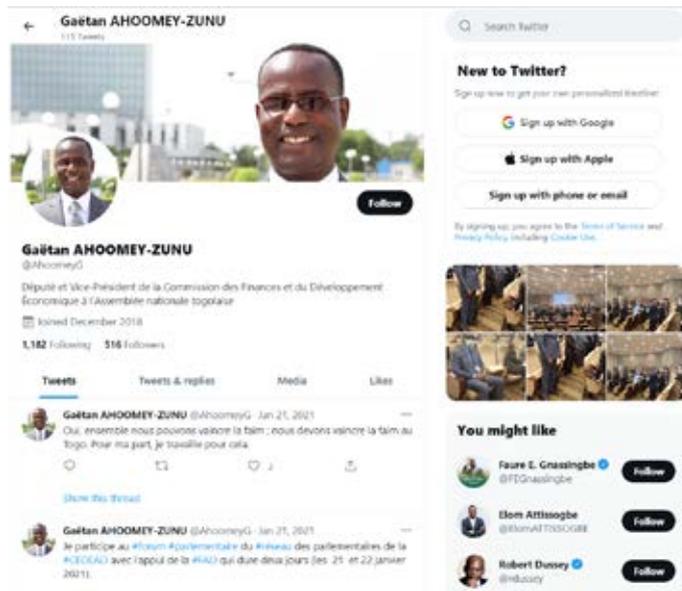
„Traumatisierung bietet den Nährboden für die soziale Reproduktion von Gewalt.“  
**VILMA DUQUE, S. 26**

„Menschen mit Behinderungen sind im Hinblick auf digitale Technologien benachteiligt.“  
**IKA NINGTYAS, S. 29**

„Es fehlen zuverlässige Daten und umfassende Statistiken.“  
**SHARLIN AKTHER, S. 30**

„Viele Sportarten können von Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam ausgeübt werden.“  
**FRIEDHELM JULIUS BEUCHER, S. 31**

Auf einer Kundgebung in Jakarta, Indonesien, 2019 appellieren Menschen mit Behinderungen an die Regierung, ihre Rechte zu schützen und öffentliche Diskriminierung zu beenden.



**Gaëtan Ahoomey-Zunu ist der erste Abgeordnete Togos mit Behinderung.**

derung maßgeblich und sorgten dafür, dass es heute eine intellektuelle Elite gibt, der Menschen mit Behinderungen angehören.

Die Leistungen dieser Pioniere und ihr Kampf für ihre berufliche Integration haben der gesamten togolesischen Gesellschaft die Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen vor Augen geführt. Inklusive Bildung und der Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen sind in den vergangenen zehn Jahren zu einer Priorität der nationalen Politik geworden, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030 zu erreichen.

Rund 20 Lehrer, die die Zeichensprache und die Brailleschrift beherrschen, arbeiteten 2021 daran, die 7139 beschulten Kinder mit Behinderungen zu begleiten. Diese mit Motorrädern ausgestatteten Lehrkräfte fahren täglich vier bis fünf Dörfer in einer Region ab, um behinderte Schüler einige Stunden im Unterricht zu unterstützen. Wenn die Gefahr besteht, dass Kinder die Schule abbrechen wollen, kümmern sich die Lehrkräfte auch um die Kommunikation mit den Eltern. Schulabbrüche sind weit verbreitet und werden durch lange und schwierige Schulwege sowie mangelnden Zugang zu Lernmaterialien beschleunigt.

**NICHT ALLE PROFITIEREN**

Im vergangenen Jahr wurden in Togo 13 282 Kinder mit Behinderungen identifiziert, die aus einkommensschwachen Familien kommen. Ihre Eltern können die Kosten nicht decken, die der Schulbesuch eines behinderten Menschen mit sich bringt, so dass ein Schulabbruch droht. Die Zahl der mobilen Lehrer ist zu gering, um alle Kinder mit Behinderungen zu erreichen und ihren Bedürfnissen gerecht zu werden.

Dennoch ist dieser erste Schritt der togolesischen Regierung in Richtung einer inklusiven Bildung für alle zu begrüßen. Dass der öffentliche Haushalt von nun an den Schulbesuch von Kindern mit Behinderungen berücksichtigt, ist ein großer Fortschritt. Die Eltern und Absolventen mit Behinderungen werden jedoch weiterhin Druck auf den Staat ausüben müssen, um dieses Budget beizubehalten oder sogar zu erhöhen.

Um in der öffentlichen Verwaltung und großen Privatunternehmen eine Quote für Arbeitnehmer mit Behinderung einzuführen, muss der Staat auch hier aktiv wer-

TOGO

# Schluss mit der Diskriminierung

**Menschen mit Behinderungen in Togo haben es schwer, einen Schul- und Arbeitsplatz zu finden. Zivilgesellschaftliche Organisationen setzen sich seit Jahren für Behindertenrechte ein, und ihr Engagement trägt Früchte: Ein politischer Wandel zeichnet sich ab.**

**Von Samir Abi**

Im zweiten Anlauf hat es geklappt: Erstmals hat es ein Mann mit Behinderung ins togolesische Parlament geschafft. Gaëtan Ahoomey-Zunu konnte bei den Parlamentswahlen Ende 2018 trotz seiner Sehbehinderung die Bürger von sich überzeugen. Für fünf Jahre vertritt er nun die Interessen seiner Wähler aus den nördlichen Stadtteilen von Lomé, der Hauptstadt Togos.

Dass 2018 eine sehbehinderte Person in die Nationalversammlung gewählt wurde, ist ein bemerkenswertes Zeichen für den Wandel in der togolesischen Gesellschaft. Bereits 2013 versuchte ein Politiker mit Sehbehinderung ins Parlament zu kommen, schaffte es aber nicht. Heute werden Menschen mit Behinderungen anders wahrgenommen.

Doch noch nicht überall. In vielen Regionen Afrikas führen Eltern die Behinde-

rung ihres Kindes auf einen Fluch zurück. Sie glauben, dass dieser Fluch über die Familie dafür sorgt, dass Kinder mit Behinderungen geboren werden oder im Laufe ihres Lebens durch einen Unfall oder eine Krankheit körperlich oder psychisch eingeschränkt werden. Kinder mit Behinderungen sind eine große finanzielle Belastung für viele Familien, da die staatlichen Sozialleistungen in Togo unzureichend sind und es keine materielle und finanzielle Hilfe für Eltern gibt.

Nur wenige Eltern haben den Mut, sich der täglichen Diskriminierung ihrer Kinder in den Weg zu stellen und ihnen Zutrauen zu schenken. Dadurch fällt es Eltern schwer, sie bei der sozialen und beruflichen Inklusion zu unterstützen. Oftmals gehen Kinder mit Behinderungen nicht in die Schule – obwohl die Erfahrung zeigt, dass sie und ihre Familien vom Schulbesuch profitieren. Ihre soziale Entwicklung wird im Klassenzimmer gefördert, und die Wahrscheinlichkeit steigt, dass sie nicht als Bettler auf den Straßen der Großstädte landen.

Seit den 1970er-Jahren gibt es in Togo erste Schulen für Kinder mit Seh- und Hörbehinderungen. Deutsche Nichtregierungsorganisationen unterstützten ihre Grün-

den. Seit Dezember 2020 gibt es bereits ein Gesetz, das die Diskriminierung von Hochschulabsolventen mit Behinderung bei der Einstellung verbietet. Doch die Existenz eines solchen Gesetzes ist noch keine Garantie für seine Anwendung. Erschwert wird sie durch die hohe Arbeitslosenquote von 35 Prozent (2018).

Die Corona-Krise und die darauffolgende Inflation haben die Situation der Arbeitssuchenden noch prekärer gemacht. Nur eine geringe Anzahl von Unternehmen in Togo hat die Pandemie überlebt. Angesichts dieser Situation ist die Einstellung von Menschen mit Behinderungen keine Priorität für die Unternehmen. Sie ziehen es vor, nichtbehinderte Menschen einzustellen, um schnell wieder produktiv zu arbeiten.

Auch in der öffentlichen Verwaltung werden kaum Neueinstellungen vorgenommen, um den Sparauflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) angesichts der übermäßigen Verschuldung des Landes nachzukommen. Die Ausgrenzung von Hochschulabsolventen mit Behinderungen aus der Arbeitswelt und das Fehlen eines spezifischen Finanzierungssystems zur Un-

terstützung ihrer unternehmerischen Projekte führen dazu, dass sich ein Teil dieser Personen den sozialen Protestbewegungen anschließt.

### SOZIALE PROTESTBEWEGUNGEN

Fovi Katakou, ein junger Togolese mit Mehrfachbehinderungen, ist in Westafrika wegen seiner Oppositionsarbeit gegen die togolesische Regierung bekannt geworden. Seine zehntägige Inhaftierung kurz vor dem Jahreswechsel 2021 sorgte auf dem afrikanischen Kontinent für Aufsehen. Fovi Katakou wurde vorgeworfen, die togolesische Regierung in sozialen Netzwerken kritisiert zu haben.

Der Sohn eines Mathematiklehrers und einer Kauffrau wurde von seinen Eltern unterstützt und konnte trotz seiner Mehrfachbehinderung Schule und universitäre Ausbildung abschließen. Er hat einen Abschluss in Soziologie und schreibt seit etwa zehn Jahren in sozialen Netzwerken über Armut und politische Unterdrückung in Togo. Bekanntheit erlangte er auch als geherter Interviewpartner in den Medien.

Fovi Katakou ist eine der prägnantesten Persönlichkeiten des sozialen Protests in Togo.

Aufgrund seines Engagements ist er den Repressionen der Behörden in Togo ausgesetzt. Sie schrecken nicht davor zurück, den Rollstuhlfahrer für seine Kritik oder seine Teilnahme an öffentlichen Demonstrationen ins Gefängnis zu stecken. Sein Mut, dem Regime trotz seiner Behinderung die Stirn zu bieten, macht ihn jedoch unbestreitbar zu einem beliebten Togolesen.

Er steht für eine neue Generation von Menschen mit Behinderungen, die sich nicht mehr auf das Betteln auf der Straße oder die Unterstützung durch soziale Organisationen beschränken. Sie wollen trotz körperlicher Einschränkungen mit ihren geistigen Fähigkeiten dazu beitragen, zum Aufbau eines freien und gerechten Landes beitragen, in dem niemand ausgegrenzt wird.



**SAMIR ABI**  
arbeitet für Visions Solidaires,  
eine nichtstaatliche Entwicklungsorganisation in Togo.  
[samirvstg@gmail.com](mailto:samirvstg@gmail.com)

BLIND IN BENIN

## Der Kampf um den Lebensunterhalt

**In Benin bedeutet Erblindung ein Leben am Rande der Gesellschaft. Blinde Menschen werden gemieden, manchmal sogar von ihren eigenen Familien. Einige sehende Menschen betrachten angeborene Blindheit als göttlichen Fluch. Es ist höchste Zeit, die Stigmatisierung zu überwinden und sehbehinderten Menschen frühzeitig und wirksam zu helfen.**

Von Karim Okanla

Um die Not blinder Menschen in Benin zu verstehen, muss man nur freitags um die Mittagszeit die Hauptstraße des überfüllten Viertels Zongo in der Metropole Cotonou entlanggehen. Dann strömen die Muslime zum wöchentlichen Gebet in die Moschee.

In ihrem Schlepptau befinden sich zahlreiche blinde Menschen, die betteln. Voller Verzweiflung scharen sie sich um die wenigen Personen, die wirken, als könnten sie helfen.

Eine Sehbehinderung in Benin bedeutet Hilflosigkeit. Da es keine systematische Unterstützung durch die Regierung gibt, sind Betroffene für fast alles auf andere angewiesen: Nahrung, Unterkunft, Medikamente und Hilfe bei alltäglichen Tätigkeiten wie Essen, Anziehen, Duschen und dem Gang zur Toilette.

Die Vorurteile beginnen schon früh im Leben. „Viele Eltern sehen ein behindertes Kind als Last an“, sagt Alexis Boton, Leiter des Zentrums zur sozialen Förderung blinder Menschen in Parakou, etwa 400 Kilo-

meter nördlich von Cotonou. „Oft sind sie nicht daran interessiert, ihrem Nachwuchs zu helfen.“

Ein Großteil des Elends könnte durch frühzeitige Erkennung und Behandlung einer beginnenden Erblindung verhindert werden. Laut einer Studie der Universität Parakou in Benin aus dem Jahr 2018 waren mehr als 40 Prozent der untersuchten sehbehinderten Patienten aufgrund von vermeidbaren Ursachen erblindet. „Die Prävalenz vermeidbarer Ursachen ist hoch“, so die Wissenschaftler um Salimatou Monteiro. Es brauche einen besseren Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Augenversorgung, um die Vorbeugung und Diagnose vermeidbarer Augenkrankheiten zu verbessern. Die Studie wurde im Journal of Clinical Research and Ophthalmology veröffentlicht.

Die Hauptursachen für Sehbehinderungen in Benin sind der altersbedingte Graue Star und das Glaukom. Weitere Ursachen sind Refraktionsfehler und Störungen der Makula, eines wichtigen Bereichs in der Mitte der Netzhaut.



**Die Flussblindheit macht Betroffene abhängig von der Unterstützung anderer: sehbehinderter Mann in der Elfenbeinküste.**

Der Schweregrad der Behinderung variiert je nach Alter, Einkommen und geografischer Lage. Menschen in abgelegenen, flussnahen Dörfern fallen immer wieder der Flussblindheit zum Opfer. Diese Tropenkrankheit wird durch Kriebelmücken übertragen, die in schnell fließenden Gewässern brüten. Wenn die Infektion früh genug erkannt wird, stehen die Chancen auf Heilung gut. Leider suchen viele erst dann Hilfe, wenn es zu spät ist.

Andere Gründe für Erblindung in Benin hängen mit dem Einkommen zusammen. Dazu gehören eine schlechte Ernährung, mangelnde Hygiene, unbehandelter Bluthochdruck und Diabetes. Viele Menschen haben keinen Zugang zu medizinischer Versorgung. Diese Faktoren beschleunigen die Ausbreitung der „Krankheiten der Armen“. Diese Zusammenhänge sind nicht nur in Benin zu beobachten, sondern in vielen afrikanischen Ländern.

Trotz begrenzter Haushaltsmittel könnten und sollten die staatlichen Stellen mehr tun, um sehbehinderte Menschen zu

unterstützen, meint Pater André Kpadonou. Der blinde katholische Priester lebt in Zagnanado, 165 Kilometer von Cotonou entfernt. Kpadonou verlor sein Augenlicht, nachdem er Priester geworden war, hat aber nie seine Mission aufgegeben, bedürftige Menschen zu unterstützen. Seiner Meinung nach sollten sich auch nichtstaatliche Akteure engagieren.

Pater Kpadonou veröffentlicht regelmäßig Artikel und Bücher und versucht, die Regierung, zivilgesellschaftliche Organisationen und die ganze Gesellschaft für die Notlage blinder Menschen zu sensibilisieren. Er beherrscht die Brailleschrift und nutzt digitale Hilfsmittel. Kpadonou lässt keine Gelegenheit aus, um zu kommunizieren. „Ich bin zwar blind“, sagt er, „aber mein Mund und meine Ohren funktionieren perfekt.“

Kpadonou fordert die Regierung auf, trotz begrenzter Finanzmittel konkrete Hilfsmaßnahmen zu ergreifen. Er verlangt, sie solle blinden Menschen eine Unterkunft zur Verfügung stellen, damit diese nicht auf

der Straße leben müssen. Auch besteht er darauf, dass sie weiße Gehstöcke erhalten, damit sie sich besser fortbewegen können und von anderen als sehbehindert erkannt werden. Und er fordert, rücksichtslose Auto- und Mopedfahrer zur Rechenschaft zu ziehen, wenn sie blinde Fußgänger verletzen. Da es keine ausgewiesenen Straßenübergänge gibt, werden viele sehbehinderte Menschen beim Versuch, eine Straße zu überqueren, von Fahrzeugen erfasst.

Ein weiteres Anliegen von Pater Kpadonou: Zivilgesellschaftliche Organisationen und religiöse Einrichtungen sollen Schulungen anbieten und blinden Menschen helfen, Arbeit zu finden. Zwei kirchliche Organisationen gehen seiner Meinung nach mit gutem Beispiel voran: das Siloé-Zentrum in dem Ort Djanglanmè und das Pater-Paul-Rival-Zentrum in Adjohoun im Süden Benins. Sie stellen kostenlos Lebensmittel, Hygienemaßnahmen und Schulungen zur Verfügung.

Diese Art von Arbeit zeigt greifbare Ergebnisse: Ein Orden rettete ein junges Mädchen, das blind geboren und von seiner Familie verstoßen worden war, und gab ihm Unterkunft, Nahrung und eine Ausbildung. Sie wurde schließlich Nonne bei den „Soeurs Servantes de la Lumière du Christ“ (Schwestern im Dienste des Lichts Christi).

Letztlich können religiöse Organisationen aber nur wenigen helfen. Um das Leben der vielen sehbehinderten Menschen in Benin zu verbessern, bedarf es offizieller Unterstützung der Regierung und weiterer Organisationen. Gäbe es systematische medizinische Untersuchungen und eine angemessene Gesundheitsversorgung sowie Berufsausbildung und Unterstützung im Alltag, könnten die sehbehinderten Menschen ein weitaus besseres Leben führen, als sie es heute tun.

## LINK

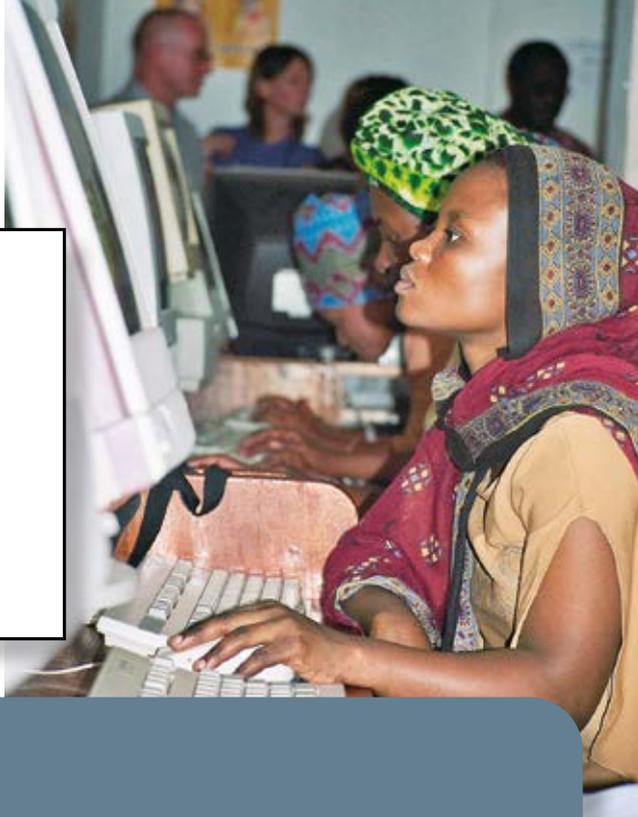
Monteiro, S., et al., 2018: Causes of avoidable blindness in Parakou. *Journal of Clinical Research and Ophthalmology*.

<https://www.peertechzpublications.com/articles/JCRO-5-152.php>



**KARIM OKANLA**  
ist Medienwissenschaftler und freiberuflicher Autor in Benin.  
[karimokanla@yahoo.com](mailto:karimokanla@yahoo.com)

**Besuchen Sie  
unsere Website  
unter [www.DandC.eu](http://www.DandC.eu)**



Navigation icons: X, -, +

Address bar: [www.eundz.eu](http://www.eundz.eu)

**E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT**  
Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

Über E+Z | Print-Abonnement | Digitales Monatsdrh | Impressum | English

SUBSAHARA-AFRIKA | MENA | SÜDASIEN | SÜDOSTASIEN | LATEINAMERIKA | BLOG

Suche

**WELTWIRTSCHAFT**  
**Härteste Probe der multilateralen Weltordnung seit 1945**

**TOP THEMA**



**Digitale Monatsausgabe**



Gratis PDF-Download

**WOMEN**



29.08.2022 – von Jeffrey Moyo  
Gaining for women's formal

**SOZIALE INKLUSION**



29.08.2022 – von Martin Kitzner  
Kinder mit Behinderungen

**Aktuelle Blog-Beiträge**

- Nichts rechtfertigt Putins imperialistischen Krieg
- Globale Probleme erfordern globale Lösungen

**Folgen Sie uns**

in f t r b



Menschen mit Behinderungen in einer Notunterkunft in Haiti, 2021.

#### DISKRIMINIERUNG

## Zweigleisig fahren für Inklusion

**Menschen mit Behinderungen werden in vielen Lebensbereichen diskriminiert – auch in Entwicklungszusammenarbeit und Nothilfe. Politik und Zivilgesellschaft müssen Inklusion als Querschnittsaufgabe erkennen.**

Von Rainer Brockhaus

Mehr als eine Milliarde Menschen weltweit leben mit Behinderungen – laut UN gut 80 Prozent von ihnen in Ländern mit niedrigem Einkommen. Die Sozialforschung spricht hier seit vielen Jahren von einem Kreislauf aus Armut und Behinderung: Wer arm ist, hat häufig schlechten Zugang zu medizinischer Versorgung und leidet dadurch eher an gesundheitlichen Problemen und dauerhaften Beeinträchtigungen. Behinderung ist somit oft eine direkte Folge von Armut. Andersherum haben Menschen mit Behinderung ein höheres Armutsrisiko, etwa weil sie häufig vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden.

Auch sozial sind behinderte Menschen benachteiligt. Das bestätigt eine Studie der Christoffel-Blindenmission (CBM), einer christlichen Organisation für inklusive Entwicklungszusammenarbeit mit Sitz im hessischen Bensheim. Unser programmatischer Ansatz heißt „community-based

inclusive development“ (CBID). Die CBM CBID Baseline Study ergab, dass sich von 471 Befragten nur rund 20 Prozent an Aktivitäten ihrer Gemeinschaft gut beteiligen können. Die CBM hatte die Daten 2020 und 2021 in Äthiopien, Honduras, Indien, Kamerun, Pakistan, Ruanda, Simbabwe und Togo erhoben. Gründe für die mangelnde Teilhabe sind etwa Stigmatisierung, Armut, physische Barrieren oder schwer zugängliche Informationen.

Eine Schlüsselrolle spielen fehlende Möglichkeiten, eigenes Geld zu verdienen. Das macht behinderte Menschen nicht nur arm, sondern verstärkt auch ihre Ausgrenzung. Weltweit liegt ihre Beschäftigungsquote deutlich niedriger als bei nichtbehinderten Menschen (Stoevska 2020). Die Gründe dafür sind vielfältig. Viele Arbeitgeber stufen sie als unfähig ein, am Arbeitsleben teilzuhaben, und stellen sie nicht ein. Hinzu kommen physische Hindernisse wie fehlende Barrierefreiheit am Arbeitsplatz oder in öffentlichen Transportmitteln.

Oftmals fehlen behinderten Menschen aber auch wichtige Grundqualifikationen, weil sie schon als Kinder diskriminiert und am Schulbesuch gehindert wurden. Laut UNESCO besuchten 263 Millionen Kinder und Jugendliche weltweit im Jahr 2018 kei-

ne Schule. Besonders betroffen sind Kinder mit Behinderungen in Entwicklungsländern. Gerade dort fehlt es an barrierefreien Schulgebäuden, an Büchern in Brailleschrift sowie an ausgebildeten Lehrkräften.

Auch in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe erfahren behinderte Menschen Diskriminierung, indem ihre besonderen Bedürfnisse – oft unbewusst – nicht berücksichtigt werden. Bei Naturkatastrophen oder Konflikten erhalten sie teils gar keine Hilfe oder erst zuletzt. Eine gehörlose Frau hat bei einem Tsunami kaum Chancen zu fliehen, wenn nur Sirenen vor der Gefahr warnen. Ein blinder Mann ist nicht in der Lage, eine Notunterkunft zu finden, wenn lediglich Schilder den Weg weisen. Hier muss sich jede Organisation selbst hinterfragen, inwiefern sie genug für behinderte Menschen tut.

Für mehr Inklusion gibt es viele gute Gründe. Neben völkerrechtlichen Verpflichtungen (siehe Kasten nächste Seite) wirkt sich der Ausschluss von Menschen mit Behinderungen etwa negativ auf die Gesamtwirtschaft aus, wie eine Studie von Robert L. Metts für die Weltbank bereits im Jahr 2000 gezeigt hat: Individuelle und nationale Produktivität fallen geringer aus, dem Staat entgehen Steuereinnahmen.

Eine weitere negative Konsequenz: Wenn Kinder mit Behinderungen nicht zur Schule gehen, können sie auch nicht an Gesundheits- und Lebensmittelprogrammen teilhaben. Das macht sie anfälliger für Krankheiten, wirkt sich auf ihre spätere Arbeitsfähigkeit aus und belastet das Gesundheitssystem. Weitere Beispiele dafür, welche Schäden Exklusion anrichtet, hat eine CBM-Publikation aus dem Jahr 2016 gesammelt (Banks und Keogh).

#### INKLUSIVE ENTWICKLUNGSPROJEKTE

All das macht deutlich: Wir können uns Exklusion nicht leisten. Trotzdem ist nur ein Bruchteil der deutschen staatlichen Entwicklungsprojekte inklusiv. Wie aber kann Inklusion auch in Krisenregionen weltweit in der Praxis gelingen?

„Nichts über uns ohne uns“ lautet das Motto von Selbstvertretungsorganisationen. Dementsprechend müssen behinderte Menschen als Akteure eingebunden werden – und zwar schon bei der Konzeptionierung einer Idee. Dann werden neue Schulen, Ge-

sundheitsangebote und kulturelle Angebote nicht oder nicht wesentlich teurer.

In der Entwicklungszusammenarbeit ist dafür ein Paradigmenwechsel nötig. Wer mit möglichst geringem Aufwand möglichst allen helfen möchte, muss behinderte Menschen explizit berücksichtigen. Das schließt die gezielte Unterstützung aller benachteiligten Personengruppen ein. Denn ohne bewusste Berücksichtigung werden sie noch weiter abgehängt.

Notwendig ist ein zweigleisiger Ansatz: Zum einen müssen Menschen mit Behinderungen in allen Entwicklungsprogrammen berücksichtigt werden. Zum anderen braucht es spezielle Programme für mehr Chancengerechtigkeit – um sie so zu fördern, dass sie nicht noch weiter zurückbleiben.

Inklusion als wichtiges Querschnittsthema in allen Programmen zu verankern, ist eine Aufgabe nicht nur für den Staat. Auch zivilgesellschaftliche Akteure sind hier gefordert. Wenn jede Entwicklungsorganisation in ihren Projekten Inklusion mitdenkt, können alle gemeinsam viel für die eine Milliarde Menschen mit Behinderungen weltweit erreichen.

## LITERATUR

**CBM, University of Cape Town, 2021: Baseline study: CBM Community Based Inclusive Development (CBID) Initiative.**

[https://www.cbm.org/fileadmin/user\\_upload/Baseline\\_Study\\_CBID.pdf](https://www.cbm.org/fileadmin/user_upload/Baseline_Study_CBID.pdf)

**Banks, L. M., Keogh, M., 2016: Inklusion – ein Gewinn für alle. Warum sich inklusive Entwicklungszusammenarbeit lohnt. CBM,**

**Bensheim.**

<https://www.cbm.de/dam/jcr:2419d980-8c00-49d5-b454-01c3001ba282/inklusion-ein-gewinn-fuer-alle-cbm.pdf>

**Stoevska, V., (ILO), 2020: International Day of Persons with Disabilities: How disability affects labour market outcomes.**

<https://ilostat.ilo.org/international-day-of-persons-with-disabilities-how-disability-affects-labour-market-outcomes/>



**RAINER BROCKHAUS**

verantwortet seit 2009 als  
Vorstand das Ressort

Kommunikation und

Programme der Christoffel-

Blindenmission (CBM).

[rainer.brockhaus@cbm.org](mailto:rainer.brockhaus@cbm.org)

## Anspruch auf Teilhabe

Menschenrechte gelten unabhängig von Nationalität, Religion oder Hautfarbe – und natürlich auch unabhängig von einer Behinderung. Aber die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 1948 von der UN verabschiedet, ist kein verbindlicher völkerrechtlicher Vertrag. Damit war die Wahrung der Menschenrechte von behinderten Menschen lange eine rein moralische Verpflichtung. Doch im 21. Jahrhundert kamen rechtsverbindliche Rahmenwerke hinzu. Heute lautet die Frage nicht mehr, was Regierungen und Zivilgesellschaft tun können, sondern was sie tun müssen, um die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen.

Ein Meilenstein war die Verabschiedung der Behindertenrechtskonvention (BRK) durch die UN 2006. Ihr Zweck: Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle behinderten Menschen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten. In

Deutschland trat sie 2009 in Kraft. Die BRK vereint bürgerliche und politische genauso wie wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte unter einem übergreifenden Konzept der Nichtdiskriminierung und Chancengleichheit. Sie garantiert zum Beispiel den Zugang zu Justiz, Bildung, Gesundheitsversorgung und Arbeit. Zudem bezieht sie sich explizit

auf internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe. Vertragsstaaten sind verpflichtet, behinderte Menschen in alle internationale Programme einzubeziehen, auch bei Naturkatastrophen und Konflikten.

Nicht weniger wichtig: die UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, verabschiedet 2015. Sie soll die Lebensverhältnisse weltweit langfristig und dauerhaft verbessern und unseren Planeten schützen. Kernstück sind die

17 nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs – Sustainable Development Goals), die bis zum Jahr 2030 erfüllt werden sollen. Sie bilden eine Art Fahrplan mit klaren Vorgaben für Regierungen und zivilgesellschaftliche Organisationen. Alle Staaten sind in der Pflicht, die Vorgaben national und international umzusetzen – speziell auch für die Ärmsten und Verletzlichsten. Menschen mit Behinderungen werden in einzelnen Unterzielen der SDGs als Zielgruppe genannt, etwa bei Bildung, Beschäftigung und öffentlicher Infrastruktur – Bereiche, in denen sie besonders benachteiligt sind.

Hinzu kommen die zentralen Prinzipien der 2030-Agenda: die Versprechen, niemanden zurückzulassen („leave no one behind“) und die am weitesten hinten Stehenden zuerst zu erreichen („reach the furthest behind first“). Halten sich alle an diese Vorgaben, ist das eine gute Voraussetzung dafür, dass wirklich alle ihre Menschenrechte uneingeschränkt wahrnehmen können – auch Menschen mit Behinderungen. RB



**Menschen mit Behinderungen demonstrieren in Kaschmir 2020 für bessere Lebensbedingungen.**



Demonstration gegen das Ende der UN-Kommission gegen Straffreiheit CICIG in Guatemala 2019.

MENTALE GESUNDHEIT

## Traumata bearbeiten und überwinden

Langjährige gewalttätige Konflikte und Kriege können Traumata nicht nur bei Individuen, sondern auch in Gesellschaften auslösen. Menschen leiden nicht selten unter chronischen Folgeerkrankungen wie posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS), und in Gesellschaften entsteht ein Nährboden für Gewalt und Spaltung. Psychologin Vilma Duque ist seit vielen Jahren in Guatemala und anderen Ländern Lateinamerikas aktiv, um Menschen, die durch Gewalterfahrungen traumatisiert wurden, zu helfen.

Vilma Duque im Interview mit Sabine Balk

In Guatemala beendete ein Friedensvertrag 1996 einen langen, blutigen Bürgerkrieg, der die Bevölkerung tief traumatisierte. Das Militär hatte Anfang der 1980er Jahre vor allem im Norden systematisch Dörfer

vernichtet und die Einwohner massakriert. Hunderttausende Menschen wurden ermordet, sind verschwunden oder vertrieben. Die überwiegend an der indigenen Bevölkerung begangenen Verbrechen wurden als Akte des Völkermords eingestuft. Wie wurden diese Gräueltaten bisher aufgearbeitet?

Es gab zwei Wahrheitskommissionen, die sehr wichtig waren, um die Gräueltaten zu dokumentieren und Ursachen des Krieges zu analysieren, aber wirklich aufgearbeitet wurde kaum etwas. Viele damalige Täter sind weiter unbehelligt im Amt. Der Staat sollte eigentlich die Aufarbeitung übernehmen, wird aber seiner Verantwortung nicht gerecht. Der Frieden änderte wenig an der strukturellen Gewalt im Lande. Die Ursachen des Krieges sind weiter gültig, die extreme Ungleichverteilung von Einkommen, Bodenbesitz und Zugang zu Bildung und

Gesundheit, aber auch die Willkür und Korruption. Die kleine Elite des Landes ist vor allem am Erhalt ihrer Privilegien interessiert und deshalb nicht an der Aufarbeitung der grausamen Vergangenheit und einer Veränderung der Verhältnisse. Gerade jetzt gibt es wieder einen enormen Rückschritt.

### Was sind die Folgen von nicht aufgearbeiteter Vergangenheit und Traumata?

Erst einmal muss gesagt werden, dass diese Arbeit in Guatemala vor allem von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Betroffenen geleistet wurde. So wurde zum Beispiel 1996 die nichtstaatliche Organisation (non-governmental organisation NGO) ECAP gegründet, die sich um Vergangenheitsbewältigung bemüht und kollektive und individuelle Traumata sowie Folgen von Gewalt bearbeitet. Mit dieser NGO arbeite ich seit Jahren. ECAP und auch andere sprechen von einer Kontinuität der Gewalt, die sich in immer neuen Formen ausdrückt. Kriege entstehen nicht im luftleeren Raum, das wissen wir aus vielen Ländern. Die vorhandene Traumatisierung bietet den Nährboden für die soziale Reproduktion von Gewalt. Angst verbreitet sich, paralyisiert und führt wieder zu Angst. Es kommt zu Misstrauen, Bindungsunfähigkeit und Apa-

thie. Das so geprägte soziale und politische Leben macht Wandel beinahe unmöglich.

### Wie äußert sich das in Guatemala?

Gewalt und Missbrauch sind weitverbreitet, es gibt Drogen- und Menschenhandel, Bandenkriminalität, Morde an Frauen und Schutzgelderpressungen sind gerade im städtischen Bereich an der Tagesordnung. Die normale Bevölkerung lebt in Armut, ein Großteil der Kinder ist unterernährt. Der Staat zieht sich immer weiter zurück. Am stärksten ist die indigene Landbevölkerung von wirtschaftlicher und sozialer Marginalisierung betroffen. Für eine Verbesserung der Situation wären unglaublich viele Maßnahmen nötig: Erst einmal braucht der Staat Geld, und direkte Steuern zahlt im Lande nur eine Minderheit. Gelder für öffentliche Ausgaben sind daher knapp und fallen häufig der Korruption anheim. Die Menschen fühlen sich missbraucht und alleingelassen. Um der Gewalt, Armut und Perspektivlosigkeit zu entkommen, haben bereits Hunderttausende das Land in Richtung USA verlassen.

### Wie muss aus Ihrer Perspektive damit umgegangen werden?

Wir müssen auf vielen Ebenen etwas tun, und die Aufarbeitung der Vergangenheit und Wiedergutmachung für die Betroffenen sind wichtige Voraussetzungen. Es ist absolut vonnöten, die Gräueltaten aufzuklären und zugleich geschichtlich zu erfassen, welchen Verwerfungen die Gesellschaft in dieser Phase bis heute ausgesetzt war und ist. Lateinamerika ist voll von Wahrheitskommissionen, in Guatemala gab es gar zwei davon, eine unter Leitung des deutschen Professors Christian Tomuschat. Diese Kommissionen haben aber natürlich nichts an den ökonomischen Verhältnissen geändert, und es gab auch keine politische Veränderung. Darum trifft man sehr viel Resignation und Frustration an.

### Wie sollte eine Aufarbeitung konkret aussehen?

Die Vergangenheit kann nicht von der Gegenwart getrennt werden. Eine grundlegende Aufarbeitung fängt für mich natürlich bei der Erziehung an. Die Erinnerungsarbeit in den Schulen ist eine grundlegende Maßnahme, das wissen wir aus Deutschland mit seiner Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und dem Zweiten Weltkrieg. Diese Erin-

nerungsarbeit ist essenziell, denn die Geschichte holt einen immer ein. Ich finde, Deutschland hat das besser als viele andere gemacht, denn so konnte das Thema als Mahnung für die Zukunft in der Gesellschaft lebendig gehalten werden. Dabei gilt es auch, diese Erinnerung mit dem Alltag der Menschen verbinden zu können, ihnen zu zeigen, wie sehr sie das heute noch berührt.

### Sie haben beschrieben, was kollektive Traumata mit Gesellschaften machen. Wie wirken sich Traumata auf das Individuum aus?



Indigene werden in Guatemala benachteiligt: Maya-Frau mit Baby.

Nicht aufgearbeitete Traumata können viele Folgen nach sich ziehen. Oft bedeuten sie einen Zustand von permanentem Stress, was bedeutet, dass sich der Körper in ständiger Alarmbereitschaft befindet. Dieser Zustand raubt dir die normale Funktion. Das führt wiederum oft zu einer ganzen Reihe von Symptomen. Die Betroffenen haben Angstzustände, Schlaflosigkeit oder Albträume. Das kann man auch bei Leuten beobachten, die politisch verfolgt werden. Ich arbeite mit solchen Menschen, und viele von ihnen haben chronische Krankheiten entwickelt, wie Magenbeschwerden, chronische Verspannung, rhythmische Störungen, neuropathische Schmerzen und sogar Diabetes. Bei Kindern können nichtaufgearbeitete Traumata zu Lern- und Konzen-

trationsproblemen führen, und chronischer Stress macht sie teils hyperaktiv. Und wie man heute weiß, können auch Organe und sogar das Gehirn permanent geschädigt werden.

### Gibt es Heilung für diese Leiden?

Es ist ein langfristiger und vielfältiger Prozess, der über die psychosoziale Begleitung hinausgeht. Er kann mehrere Jahre dauern. Wir beobachten aber, dass Menschen ruhiger und reflexiver werden, wenn sie in geschützten Räumen gehört werden. In sehr vielen Fällen gelingt es ihnen dann,

Beziehungen wieder aufzunehmen, soziale Netzwerke zu konstruieren, mit weniger Angst und Stress zu leben und ihr jeweiliges Lebensprojekt wiederaufzunehmen. Dabei werden sie sich bewusst, über welche Ressourcen sie selbst verfügen, um die traumatischen Erlebnisse zu verarbeiten. Wenn das nicht passiert, dann führen neue traumatische Erlebnisse in dieser zerrissenen Gesellschaft zu dem, was wir Retraumatisierung nennen. Wir arbeiten vielfach in Gruppen und vermitteln ihnen, dass es Menschen gibt, denen sie vertrauen können. Sehr wichtig ist auch, dass wir über das sprechen, was in der Gruppe los ist, über Konflikte und einfache Störungen. Dieses Vorgehen, das wir psychosoziale Supervision nennen, ist in Guatemala revolutionär.

**Warum?**

Weil in einem Land wie Guatemala nicht über Konflikte geredet wird. Das gilt als problematisch oder gefährlich. Doch wenn Konflikte nicht ausgesprochen werden, dann können sich diese nicht entladen und verwandeln sich in neue Formen von Gewalt. Die Konfliktscheuheit hat eine unglaublich destruktive Wirkung, ebenso die Unfähigkeit, mit Gefühlen umzugehen. Das muss man lernen. Darum reden wir in der Gruppe auch darüber, wie man Gefühle wie zum Beispiel Wut, Hass oder Rachegefühle erkennt, sie ausdrückt und damit umgeht. Vergessen wir nicht, dass ein angemessener Umgang mit Konflikten unabdingbar ist, um Veränderungsprozesse zu ermöglichen.

**Wie erreichen Sie die Betroffenen?**

ECAP arbeitet mit Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen in Guatemala. Wir betreuen Aktivist\*innen, Menschenrechtler, Richter und Staatsanwälte – darunter viele Frauen – , auch Menschen die im Umfeld der UNO-Kommission CICIG tätig waren. Die Kommission hatte die Aufgabe, schwere Korruptionsfälle der Gegenwart aufzuarbeiten, die von Personen und Institutionen im Staat ausgeführt wurden. Das sind im Prinzip organisierte Verbrechen mit Hilfe des Staates, deren Strukturen sich bis in die Vergangenheit des Krieges verfolgen lassen. Die Kommission war sehr erfolgreich. Als sie neben dem Militär aber wegen ihrer systematischen Steuerhinterziehung auch

auf die ökonomischen Eliten abzielte, wurde sie nach 13 Jahren erfolgreicher Arbeit 2019 des Landes verwiesen. Das war ein frontaler Angriff gegen viele Geberländer und sogar die UNO. Viele Anwälte und auch Staatsanwälte wurden offen bedroht und sind seit dem Ende der Kommission vor zwei Jahren ins Exil gegangen, weil sie politisch verfolgt wurden. Um diese Menschen kümmern wir uns jetzt. Wir begleiten auch Journalisten im Land und unterstützen sie dabei, unter diesen Verhältnissen arbeitsfähig zu bleiben.

**Zum Schluss noch ein ganz anderes, aber leider aktuelles Thema. Wie kann den Menschen in der Ukraine geholfen werden?**

Es ist wichtig, die psychologische Begleitung bereits jetzt zu beginnen, mitten in den Wirren des Krieges. Dafür müssen konkrete Hilfsangebote organisiert werden. Damit kann man dann oftmals verhindern, dass erste traumatische Erfahrungen zu dauerhaften Traumata werden. Die Menschen müssen die Möglichkeit bekommen, über das Erlebte zu reden und Wege zu finden, es aufzuarbeiten. Das muss in der Ukraine selbst geschehen, aber auch in Deutschland, wohin viele Ukrainer mit ihren Kindern geflüchtet sind. Wir wissen heute, wie wichtig es ist, über das Erlebte zu reden und Grundlagen für psychische Gesundheit zu schaffen. In diesem Zusammenhang möchte ich an die geschützten Räume erinnern, die ich oben als wichtige Voraussetzung schon erwähnt habe.

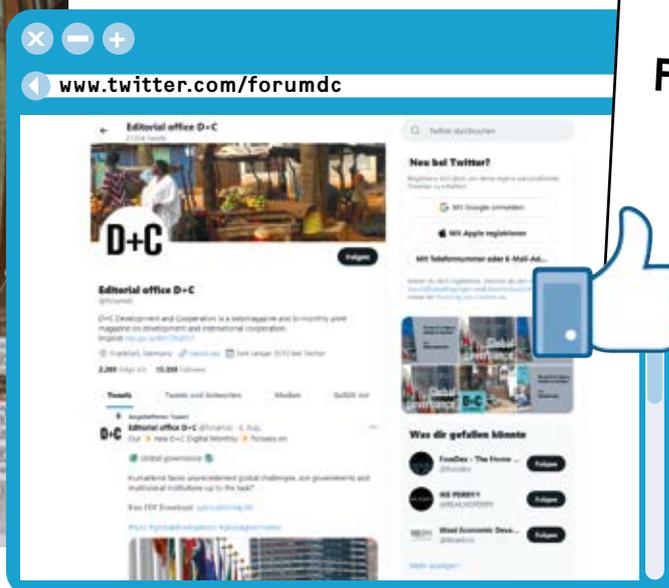
**Kann der Krieg auch für uns als „Zuschauer“ psychische Folgen haben?**

Bei den Personen, die andere traumatisierte Menschen begleiten, können die Erzählungen der Betroffenen eine sogenannte sekundäre Traumatisierung auslösen, wenn nicht auch sie begleitet werden. Aber hier wird es kompliziert. Das gilt auch für Menschen, die sich tagtäglich mit den Gräueltaten des Krieges konfrontieren und sich davon nicht mehr abgrenzen. Wir wissen, welche Macht Bilder haben können. Wir leben heute in Zeiten der Vulnerabilität. Gerade noch erlebten wir die Folgen der Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Maßnahmen, wie zum Beispiel eine nie gekannte soziale Isolation. Das ist ein Nährboden für weitere Traumata. Wenn ich keine Bindungen oder kein soziales Umfeld mehr habe, um dies zu kompensieren, können die Kriegsbilder mehr Schaden anrichten.



**VILMA DUQUE**  
ist Psychologin, spezialisiert auf Sozialpsychologie und Supervision, die sich vor allem mit Traumata-Arbeit in

Nachkriegsgesellschaften beschäftigt. Ihre Arbeit in Guatemala und Mexiko wurde viele Jahre von Brot für die Welt finanziert. Sie ist Mitherausgeberin des Buchs „Supervision in Mesoamerika. Herausforderungen in einer traumatisierten Postkonfliktgesellschaft“. Gießen, Psychosozial-Verlag, 2020. [duquevilma@yahoo.de](mailto:duquevilma@yahoo.de)



**Folgen Sie uns auf Twitter!**  
Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



BEHINDERUNG

# Indonesiens Informationsdefizit

**Während der Pandemie war es für Menschen mit Behinderungen in Indonesien besonders schwer, sich über Gesundheitsthemen zu informieren. Die Informationskanäle des Landes berücksichtigten selten ihre Bedürfnisse.**

Von Ika Ningtyas

Nach Angaben des indonesischen Zentralamts für Statistik hatten im Jahr 2020 rund 22,5 Millionen Indonesier eine Behinderung, etwa eingeschränktes Sehvermögen, Gehör oder Mobilität. Das entspricht fünf Prozent der Bevölkerung. Nach einem Gesetz von 2016 muss die Regierung sicherstellen, dass die gesamte Bevölkerung Zugang zu Gesundheitsinformationen hat.

Doch die Regierung bleibt hinter ihren Möglichkeiten zurück. Offizielle Gesundheitsinformationen – insbesondere über die Vorbeugung und Behandlung von Covid-19 – sind für behinderte Menschen nur eingeschränkt zugänglich. Darüber hinaus sehen sich Indonesier mit Behinderungen mit physischen Barrieren und Stigmatisierung konfrontiert. In vielerlei Hinsicht erleiden sie damit das Schicksal anderer benachteiligter Minderheiten.

Jüngsten Untersuchungen der Universität Brawijaya in Ostjava zufolge gibt es in Indonesien eine große Informationslücke zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen. In der Studie wurde untersucht, wie barrierefrei sechs staatliche Websites, drei Social-Media-Konten und fünf digitale Veröffentlichungen sind, die sich alle mit der Pandemie befassen. Forscher untersuchten, ob diese Kanäle Funktionen wie Bildschirmleser und Text-zu-Sprache-Software anbieten, um behinderten Menschen den Zugang zu Informationen zu ermöglichen.

Die Ergebnisse der Umfrage waren laut Lutfi Amiruddin ernüchternd. Der Forscher sagt, die meisten Kanäle verfügten nicht über barrierefreie Funktionen. Infolgedessen erfuhren 78 Prozent der 259 Menschen mit Behinderungen, die diese Kanäle nutzten, nichts von grundlegenden Informationen wie der Existenz der staatli-

chen Covid-19-Hotlines. Diese Hotlines sind essenziell, da sie Infizierten Zugang zum Gesundheitssystem ermöglichen.

## INGESCHRÄNKTER ZUGANG

Ein Teil des Problems besteht darin, dass Menschen mit Behinderungen im Hinblick auf digitale Technologien benachteiligt sind. Laut einer nationalen Studie von 2018 verfügen nur etwa 35 Prozent von ihnen über Mobiltelefone oder Laptops, im Vergleich zu 82 Prozent aller Indonesier. Ebenso haben nur neun Prozent der behinderten Menschen einen Internetzugang, in der Gesamtbevölkerung sind es 46 Prozent.

Die Informationslücke kann schwerwiegende Folgen haben. So wussten beispielsweise behinderte Menschen seltener, wo sie im Jahr 2021 Covid-19-Impfstoffe erhalten konnten. Eine Umfrage des Inclusive Covid Response Network, einer Interessenvertretung, ergab, dass 54 Prozent aller behinderten Indonesier diese grundlegenden Informationen fehlten. Von den behinderten Menschen, die digitale Medien nutzten, waren es etwa 43 Prozent.

Anstatt auf offizielle Informationen zuzugreifen, mussten sich viele Behinderte

auf den Rat von Familienangehörigen und Freunden verlassen. Diese waren möglicherweise nicht gut informiert, sagt Ajiwan Arief Hendradi, ein Sprecher des Institute for Inclusion and Advocacy of Persons with Disabilities, das sich für die Belange Betroffener in Indonesien einsetzt. Vor allem behinderte Menschen „erhielten oft falsche Informationen über den Covid-19-Impfstoff“, sagt er.

Seit 2021 stellt das Institut deshalb Informationsmaterial für Menschen mit Behinderungen her. Dazu gehören Audioaufnahmen, Videos mit Gebärdensetzern und Texte in Brailleschrift. Das Institut verteilte zudem 3000 Braille-Kalender für Sehbehinderte mit Impfinformationen und gab diese Infos auch an andere Behindertengruppen weiter. Die Bemühungen des Instituts können als Teil einer allgemeineren Anstrengung zur Verbreitung klarer und genauer Informationen in Indonesien gesehen werden.

Die zuständige Regierungsbehörde hat die Informationslücke zur Kenntnis genommen. Sie hat damit begonnen, die Website [www.covid19.go.id](http://www.covid19.go.id) im Hinblick auf die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Fortschritte sind sichtbar, doch die Bürokratie arbeitet in der Regel langsam.



**IKA NINGTYAS**  
ist freiberufliche Journalistin  
in Java, Indonesien.

[ika\\_bwi@yahoo.com](mailto:ika_bwi@yahoo.com)



Eine Schülerin nimmt während der Pandemie an einer Braille-Stunde teil.



Kundgebung zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen in Dhaka am 3. Dezember 2021.

## SOZIALE INKLUSION

# Vorurteile überwinden

**Behinderungen sind Teil der menschlichen Vielfalt. Doch in Bangladesch haben es Menschen mit Behinderungen schwer. Sie werden oft von der Mehrheitsgesellschaft ausgeschlossen.**

Von Sharlin Akther

Menschen mit Behinderungen werden in Bangladesch oft von Geburt an diskriminiert. Selbst jene, die aus wohlhabenden Familien stammen und daher erhebliche Unterstützung genießen, haben kaum Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Beschäftigung. In der Gesellschaft ist der Glaube weit verbreitet, dass eine Behinderung ein Fluch oder eine Strafe für sündiges Verhalten ist.

Nach Angaben von UNICEF werden viele Kinder mit Behinderungen bei ihrer Geburt nicht registriert. Das verhindert, dass sie bestimmte Sozialleistungen und rechtlichen Schutz erhalten. Vergleichsweise viele von ihnen gehen nicht zur Schule, und oft wird ihnen medizinische Versorgung vorenthalten.

Behinderte Kinder sind mit am stärksten von Gewalt, Missbrauch, Ausbeutung und Vernachlässigung betroffen. Das gilt besonders, wenn sie versteckt oder in Heimen untergebracht werden. Mädchen mit Behinderungen haben es besonders schwer, viele von ihnen werden nicht einmal richtig ernährt. Dies ist ein Beispiel dafür, wie geschlechtsspezifische Diskriminierung andere Formen der Stigmatisierung verstärkt – das kommt nicht nur in Bangladesch vor, sondern auf der ganzen Welt.

Bildungseinrichtungen verfügen grundsätzlich nicht über die nötigen Mittel, um Kinder, Jugendliche oder Erwachsene mit besonderen Bedürfnissen zu unterrichten. Vielen begabten Studierenden mit Behinderungen blieb etwa der Zugang zur Universität verwehrt. Gründe dafür sind beispielsweise Vorurteile in den Behörden und dass die nötige Infrastruktur fehlt.

Wie die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) festgestellt hat, fehlt es Menschen mit Behinderungen oft an Selbstvertrauen, um ihre Ziele zu verfolgen. Selbst ihre Familien

ermutigen sie oft nicht, berufliche Qualifikationen zu erwerben. Die Erfahrung zeigt, dass junge Menschen mit Behinderungen in einem integrativeren sozialen Umfeld ihr Potenzial entwickeln und zu produktiven Mitgliedern der Gesellschaft heranwachsen können. Doch allzu oft werden sie sowohl von Bildungseinrichtungen als auch von ihrer eigenen Familie im Stich gelassen.

Auf dem Arbeitsmarkt sieht es nicht besser aus: Überall auf der Welt haben Menschen mit Behinderungen eine niedrigere Beschäftigungsquote als die allgemeine Bevölkerung. Bangladesch ist da keine Ausnahme.

In Bangladesch wird eine Behinderung oft als Unfähigkeit wahrgenommen, etwas Bestimmtes zu tun. Es gibt viele Vorurteile, die dafür sorgen, dass Menschen mit Behinderungen als Belastung gesehen werden. Die Folgen sind Diskriminierung, Schikanen und Isolation.

Helfen würde beispielsweise eine behindertengerechte Infrastruktur. Öffentliche Gebäude oder Busse sind jedoch in der Regel für Menschen im Rollstuhl nicht zugänglich. Wo es überhaupt Ampeln gibt, verfügen diese nicht über akustische Signale für Sehbehinderte. Selbst in der Hauptstadt Dhaka sind nur wenige Gebäude barrierefrei.

Offiziell sollen in jedem Bus neun Plätze für Frauen, Kinder und Menschen mit

Behinderungen reserviert sein. Doch gibt es keine Leitlinien dafür, welche Plätze das genau sind. Wenn die Busse voll sind, was häufig der Fall ist, kommen Betroffene in der Regel nicht an die Plätze, die angeblich reserviert sind. Für die meisten Menschen mit Behinderungen bleibt im Alltag nur die Nutzung privater Verkehrsmittel. Da dies sehr teuer ist, sind viele auf ihr Zuhause beschränkt.

Die Regierung versucht, die Situation zu verbessern. Bangladesch unterzeichnete bereits 2007 als eines der ersten Länder die UN-Behindertenrechtskonvention. Die Konvention verpflichtet die Länder dazu, die Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen zu fördern und zu schützen. Im Jahr 2013 verabschiedete Bangladesch zudem ein Gesetz über die Rechte und den Schutz von Menschen mit Behinderungen. Es sieht eine bessere Erfassung von Menschen mit Behinderungen vor und sorgt dafür, dass sie in ihren Ausweisen als „goldene“ Bürgerinnen und Bürger geführt werden. Mit diesen Ausweisen können sie staat-

liche Beihilfen und höhere Sozialleistungen beantragen.

Die Umsetzung ist jedoch eine große Herausforderung. Die meisten Menschen mit Behinderungen schaffen es nicht in die Ämter, um den goldenen Bürgerstatus zu beantragen. Unter anderem sind die Gebäude nicht barrierefrei oder zu weit entfernt. Natürlich spielt auch Armut eine Rolle. A.H.M. Noman Khan vom Centre for Disability in Development (CDD) hält sie für einen Hauptgrund der Ausgrenzung.

Des Weiteren fehlen zuverlässige Daten und umfassende Statistiken. Das macht es sehr schwer, alle Menschen mit Behinderungen systematisch zu erreichen. Verschiedene Quellen zeigen sehr unterschiedliche Bilder: Laut dem 7. Fünfjahresplan der Regierung (2016–2020) haben etwa neun Prozent der Bevölkerung Behinderungen, und geschätzt eine halbe Million Menschen leben mit Mehrfachbehinderungen. Das Department of Social Services (DSS) hingegen identifizierte 2021 lediglich 1,2 Prozent der Bevölkerung als Menschen mit Behinde-

rung. Laut Fachleuten ist diese Zahl viel zu niedrig und spiegelt die Realität nicht wider.

Einige zivilgesellschaftliche Organisationen engagieren sich für Menschen mit Behinderungen und setzen sich für Veränderungen ein. Sie möchte bestehende Lücken schließen. Das Bangladesh Business & Disability Network (BBDN) beispielsweise arbeitet daran, Vorurteile zu überwinden und das Potenzial von Menschen mit Behinderungen herauszustellen. Es bemüht sich auch um Beschäftigungsmöglichkeiten. Ziel ist es, zu zeigen, dass Menschen mit Behinderungen nicht einfach nur Fälle für die Wohlfahrt oder gar eine Belastung sind. Allerdings muss noch viel mehr geschehen, damit in Bangladesch alle Menschen mit Behinderungen ein Leben in Würde führen können.



**SHARLIN AKTHER**  
arbeitet als Programme  
Officer für Bangladesh  
Business & Disability Network  
in Dhaka.

[pobbdn@bbdn.com.bd](mailto:pobbdn@bbdn.com.bd)

### SPORT

## „Behindertensport ist unverzichtbar“

**Viele Menschen mit Behinderung sind sportlich aktiv. Friedhelm Julius Beucher, Präsident des Deutschen Behindertensportverbands, sprach mit E+Z/D+C darüber, weshalb das für die gesamte Gesellschaft wichtig ist und wie sein Verband mit anderen Ländern kooperiert.**

Friedhelm Julius Beucher im Interview mit Jörg Döbereiner

**Auf der ganzen Welt bringt der Sport Menschen zusammen und hält sie fit. Welche Bedeutung hat er für Menschen mit Behinderung?**

Der Behindertensport ist unverzichtbar. Noch stärker als der Sport von Menschen ohne Behinderung sorgt er für die indivi-

duelle Gesundheit. Menschen mit Behinderung, die Sport treiben, fühlen sich nicht nur selbst besser und sind mobiler, sondern bleiben auch länger fit. Laut dem aktuellen Teilhabebericht der Bundesregierung treiben allerdings 55 Prozent der Menschen mit Behinderungen in Deutschland keinen Sport. Das ist eine alarmierende Zahl und eine große Herausforderung für die gesamte Gesellschaft – auch für die Krankenversicherungen. Wir müssen deshalb die Angebote verstärken. Das Problem ist, dass mehr als 90 Prozent der Sportplätze und Sporthallen in Deutschland nicht barrierefrei sind. Oft verhindern zum Beispiel Treppen den Zugang für Rollstuhlfahrer. Wenn sie es bis in die Halle schaffen, können sie häufig die

Toiletten nicht benutzen. Wer blind oder sehbehindert ist, hat oft gar keine Möglichkeit, sich zurechtzufinden.

### Wie ließe sich das verbessern?

Indem bauliche Maßnahmen nicht nur verkündet, sondern auch wirklich vorgenommen werden. Erfreulich ist, dass Neubauten inzwischen behindertengerecht sind. Die meisten Sporthallen sind aber in kommunaler Hand, und dort fehlt Geld. In Deutschland ist das Bewusstsein für die Belange von Menschen mit Behinderung zwar da, aber die Umsetzung bleibt zu zaghaft. Wir sprechen hier schließlich über Menschenrechte: Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf Teilhabe.

### Wie ist der Behindertensport in Deutschland organisiert?

Die Basis sind mehr als 6400 Behindertensportvereine – und tausende Vereine, die zusätzlich zum Regelsport auch Behindertensport anbieten, allerdings sind das noch zu wenige. Viele Sportarten können von Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam ausgeübt werden, zum Bei-



Schlussfeier der Paralympischen Winterspiele 2022 in Peking.

spiel Rollstuhlbasketball. Wir streben danach, weniger Behindertensportvereine zu gründen und stattdessen den Menschen die Teilhabe in den Regelsportvereinen zu ermöglichen. Die Behindertensportvereine sind wiederum in 17 Landesverbänden organisiert, es gibt auch zwei Fachverbände, für Rollstuhlsportler und Schwerhörige. Wir als Deutscher Behindertensportverband (DBS) sind der nationale Dachverband und insbesondere für den Spitzensport zuständig.

#### **Ihr Verband hat gut 500 000 Mitglieder. Woher kommt diese Popularität?**

Als ich 2009 das Präsidentenamt übernommen habe, hatten wir etwa 240 000 Mitglieder. Seither haben wir unseren Bekanntheitsgrad und unsere Angebote verbessert. Das ist das Ergebnis des großen Engagements vieler und der erfolgreichen Arbeit in tausenden Vereinen vor Ort. Wir hatten sogar noch mehr Mitglieder, aber mehr als 100 000 haben seit der Covid-19-Pandemie die Vereine verlassen, weil es zeitweise coronabedingt kaum noch Sportangebote gab. Viele Sportlerinnen und Sportler mit Behinderung sind außerdem besonders vorsich-

tig, weil sie zu Corona-Risikogruppen gehören, etwa aufgrund von Atembeschwerden.

#### **Wie finanziert sich der Behindertensport in Deutschland?**

Der Breitensport lebt von den Mitgliedsbeiträgen der Vereine, von Sponsoren aus der Wirtschaft und von Spenden. Finanzielle Unterstützung kommt auch von den Bundesländern, sie sind für den Breitensport zuständig. Der professionelle Sport, das Team Deutschland Paralympics, wird über eine Agentur vermarktet, die Sponsorengelder in beachtlicher Höhe einwirbt. Aber der größte Teil des Leistungssports wird aus Steuergeldern des Bundes finanziert.

#### **Welche Sportarten sind am populärsten?**

Para-Leichtathletik und Rollstuhlbasketball sind Klassiker im Breiten- wie im Leistungssport. Immer größerer Beliebtheit erfreut sich Para-Radsport. Dort gibt es verschiedene Variationen, teils wird das Fahrrad im Liegen mit einer Handkurbel angetrieben.

#### **Inwiefern wird Behindertensport im Ausland von Deutschland aus gefördert?**

Es gibt beim Auswärtigen Amt bereits seit mehr als 50 Jahren eine internationale Sportförderung. Da geht es um vielfältige Projekte für den Aufbau und Ausbau von Breitensportstrukturen in vielen Ländern. Das ist ein wichtiger Baustein der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.

#### **Haben Sie konkrete Beispiele?**

In Vorbereitung auf die Paralympischen Sommerspiele in Rio de Janeiro 2016 gab es einen engen Austausch mit Brasilien. Unser Nationalteam im Goalball, einem Ballspiel für Menschen mit Sehbehinderung, besuchte beispielsweise im Rahmen eines Bildungsprojekts Kindertagesstätten in den Favelas, den Armenvierteln Rios. Wir haben auch bereits Menschen mit Behinderung aus Nordkorea, Argentinien und Chile nach Deutschland eingeladen, um ihnen im Schwarzwald den Behindertensport im Schnee näherzubringen. Deutsche Trainerinnen und Trainer werden auch nach Afrika und Asien entsandt, um dort Fortbildungen zu geben.

#### **Wie kommen solche Kooperationen zustande?**

Wir stehen im regelmäßigen Austausch mit dem Auswärtigen Amt und mit der GIZ. Außerdem fragen uns immer wieder Verbände aus anderen Ländern an. Häufig wünschen sie finanzielle Unterstützung – die können wir allerdings nicht leisten, das würde unseren Statuten widersprechen. Teils fragen sie auch Hilfsmittel an, etwa Sportrollstühle oder Prothesen. Das leiten wir weiter an andere Einrichtungen und Hilfsorganisationen. Manche Anfragen kommen auch über das Internationale Paralympische Komitee (IPC – International Paralympic Committee), die Dachorganisation der nationalen Komitees. Das IPC sitzt in Bonn, und wir arbeiten eng mit ihm zusammen, etwa für die Kampagne WeThe15.

### Könnten Sie das bitte erklären?

WeThe15 weist darauf hin, dass 15 Prozent der Weltbevölkerung mit Behinderungen leben. Es ist eine globale Bewegung mit dem Ziel, Menschen mit Behinderung sichtbarer zu machen, Diskriminierung zu beenden sowie für Inklusion und Barrierefreiheit einzutreten. Am 19. August 2021 leuchteten zu diesem Zweck mehr als 100 Sehenswürdigkeiten in mehreren Ländern und Zeitzonen in Lila, der internationalen Farbe für Menschen mit Behinderung. Wir sorgten dafür, dass auch das Olympiastadion in Berlin leuchtete. Diese Bewegung wird weltweit fortgeführt und trägt auch zu Kooperationen zwischen verschiedenen Ländern bei.

**Die internationalen Höhepunkte des Behindertensports sind die Paralympischen Spiele, die jeweils im Anschluss an die Olympischen Spiele an demselben Ort stattfinden.** Das sind die absoluten Highlights, ja. Die Entscheidung, dass Olympische Spiele nur noch mit Paralympischen Spielen stattfinden dürfen, war ein Quantensprung für den Behindertensport. Diese Vereinbarung gilt derzeit bis 2032. Ich gehe aber davon aus, dass sie verlängert wird.

**Anfang des Jahres fanden die Paralympischen Winterspiele in Peking statt, Sie waren mit dem deutschen Team dabei. Wie haben Sie die Spiele erlebt?**

Um es mit einem unserer Sportler zu sagen: Das war wie zweieinhalb Wochen Knast mit Freigang. Mit der chinesischen Bevölkerung konnte wegen der Covid-19-Pandemie und der damit verbundenen Einschränkungen keine Begegnung stattfinden. Das

kann ich nachvollziehen, aber dennoch war der Bewegungsspielraum übermäßig stark eingeschränkt. Unser Hotelkomplex war abgesperrt. Bei Olympischen und Paralympischen Spielen geht es eigentlich darum, Menschen aus anderen Ländern kennenzulernen, einen Einblick in andere Kulturen zu gewinnen und das völkerverbindende Element des Sports auszuleben. Das war hier auf Sparflamme. Dazu kam im Vorfeld die Drohung, bei negativen Äußerungen über China das chinesische Rechtssystem

merkbarkeit für den Behindertensport! Ich gehe davon aus, dass die Pandemie dann so weit überwunden ist, dass mehr Begegnungen stattfinden können.

**Wenn Sie einen Wunsch frei hätten für die Zukunft des Behindertensports, welcher wäre es?**

Ich hoffe, dass wir die im Grundgesetz verbriefte Gleichheit und Nichtdiskriminierung von Menschen mit Behinderung umsetzen können, nicht im Schnecken tempo,



Rollstuhlbasketball zählt zu den beliebtesten Sportarten im deutschen Behindertensport.

in Gang zu setzen. Ich war schon zuvor der Meinung: An Länder, die Menschenrechte missachten, sollten keine sportlichen Wettkämpfe vergeben werden – egal, ob es um Olympia und Paralympics in China geht oder um die Fußball-Weltmeisterschaft in Katar. Diese Erfahrung hat mich darin bestärkt.

**Das nächste Großereignis sind die Paralympischen Sommerspiele 2024 in Paris. Freuen Sie sich darauf?**

Natürlich, das wird hoffentlich ein großes Fest und eine riesige Chance in Sachen Auf-

sondern mit riesigen Schritten. Und dass wir den Anspruch auf Teilhabe leben können, der in der UN-Behindertenrechtskonvention formuliert ist – an jedem Tag und an jedem Ort.



**FRIEDHELM JULIUS BEUCHER**  
ist seit 2009 Präsident des Deutschen Behindertensportverbands

(DBS), der zugleich das Nationale Paralympische Komitee Deutschlands ist.  
[beucher@dbs-npc.de](mailto:beucher@dbs-npc.de)

Kleinbäuerliche Betriebe aus dem globalen Süden sollten stärker in die Agrarforschung eingebunden werden.

Seite 6



Foto: picture-alliance/EPA-EFE/AARON UFUMELI